

Wöchentlich 76 Bl., monatlich 2,26 M., (davon 87 Pf. monatlich für Zustellung ins Haus) im Voraus zahlbar, Postgebühr 0,87 M., einschließlich 60 Pf. Postgebühren und 72 Pf. Postgebühren. Auslandsabonnement 4,66 M. pro Monat; für Länder mit ermäßigtem Druckschporto 4,66 M.

Der „Vorwärts“ erscheint wöchentlich zweimal, Sonntags und Montags einmal, die Abendausgabe für Berlin und im Handel mit dem Titel „Der Abend“. Illustrierte Sonntagsbeilage „Volk und Welt“

Vorwärts

Berliner Volksblatt

Zentralorgan der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands

Redaktion und Verlag: Berlin SW 68, Lindenstr. 3
Rechn.-L. Dönhoff (A 7) 292-297. Telegramm-Adr.: Sozialdemokrat Berlin

Vorwärts-Verlag G. m. b. H.

Postfachkonto: Berlin 37 536. — Bankkonto: Bank der Arbeiter, Angestellten und Beamten, Lindenstr. 3. Dr. V. u. Dir.-Ges., Depositen-L., Fernlokal Nr. 65/66

Mittwoch
3. Februar 1932
Groß-Berlin 10 Pf.
Auswärts 15 Pf.

Die einseitige Millimeterzeile 30 Pf. Die zweiseitige 2.— M. „Kleine Anzeigen“ das letzte Blatt 20 Pf. (Schluss und letzte Blatt 10 Pf. jedes weitere Blatt 10 Pf. Rabatt lt. Tarif. Diese Blätter 15 Pf. pro Seite zählen für zwei Blätter. Arbeitsmarkt-Millimeterzeile 20 Pf. Familienanzeigen Millimeterzeile 16 Pf. Anzeigenannahme im Hauptgeschäft Lindenstraße 3, wochentags von 8½ bis 17 Uhr. Der Verlag behält sich das Recht der Ablehnung nicht genehmiger Anzeigen vor!

Eröffnung der Abrüstungskonferenz

Große Rede Arthur Henderfons.

Genf, 2. Februar. (Eigenbericht.)

Unter gewaltigem Andrang von Diplomaten, Publikum und Presse wurde am Dienstag um 16.30 Uhr die Weltabrüstungskonferenz von ihrem Präsidenten Arthur Henderfon eröffnet. Die kurz vorher erfolgte Dämpfung des japanischen Angriffsgeistes durch den Verlauf der Ratifizierung (über die wir an anderer Stelle berichten. Red.) wurde die feierliche Stimmung unterstrichen. Allgemein wurde das Ergebnis dieser Ratifizierung als ein günstiger Ausfall für die Konferenz bewertet, gegen die seit Wochen ein immer stärkeres Trommelfeuer von Kriegshetzen und Falschmeldungen vorgenommen worden war.

Präsident Arthur Henderfon, Führer der Labour Party führte aus:

Die Weltabrüstungskonferenz steht vor der tragischen Tatsache, daß im Augenblick der Eröffnung ihrer Arbeiten im Fernen Osten eine außerordentlich schwierige Lage entstanden ist. Es ist eine

imperative Pflicht der Unterzeichnerstaaten des Völkerbundespaktes und des Kellogg-Paktes, sich an die genaue Einhaltung dieser beiden großen Sicherheiten und Garantien gegen Krieg und Gewalt zu halten.

Die Konferenz umfaßt die Vertreter des Völkerbundes und der außerhalb des Völkerbundes stehenden Staaten. Hier sind die Vorkämpfer von 1700 Millionen Menschen versammelt. Kein menschliches Wesen, sei es in den großen Industriezentren, in den Wüsten Afrikas oder in den Dschungeln des Ostens, in den Eisregionen der Arktis, das nicht hier durch einen Vorkämpfer vertreten ist. Niemand hat es noch eine Konferenz in der Geschichte gegeben, die eine dringendere und für die Menschheit wohl-tuendere Aufgabe hat als diese. Ueber die Schwierigkeiten darf man sich keinen Illusionen hingeben. Wir müssen den festen Entschluß zeigen, sie zu überwinden und Wege zu schaffen, um neue glorreiche Ausblicke der Menschheit zu eröffnen. Die Konferenz beginnt ohne eine feste Tagesordnung.

Die Aufgabe der Konferenz besteht daher nach meiner Auffassung in folgenden drei Punkten:

1. Ein gemeinsames Abkommen über ein wirksames Programm praktischer Vorschläge, um so schnell wie möglich eine wesentliche Herabsetzung und Beschränkung der Rüstungen aller Länder zu erreichen.
2. Reinliche Rüstungen außerhalb des jetzt festzustehenden Rahmens des Vertrages, durch den sich alle Nationen verpflichten, das große Ziel der allgemeinen Abrüstung zu erreichen.
3. Sicherung der weiteren Arbeit, um das endgültige Ziel zu erreichen, auf dem Wege ähnlicher Konferenzen, die in kurzen Zeitabständen zusammenzutreten sollen.

Es kann nicht geleugnet werden, daß die Furcht der Nationen vor Angriffen einer der Gründe für die Aufrechterhaltung der schweren Rüstungen in der Welt war. Dennoch bedeutet das Bestehen von Rüstungen eine der Hauptursachen der gegenseitigen Furcht und des Argwohns, die das internationale Leben vergiften, den Willen zum Frieden paralysieren und die Nationen immer wieder in das Weirästrick schleudern. Die moderne Geschichte kennt genug Beispiele der Vertümllichkeit der Auffassung, daß die Sicherheit einer Nation in direktem Verhältnis zu der Stärke ihrer Rüstungen steht. Es ist daher nicht verwunderlich, daß die gegenwärtige Generation immer argwöhnischer gegenüber dem sogenannten bewaffneten Frieden wird, der bisher als einzige Garantie gegen den Krieg gegolten hat. Immer härter ist

die Erkenntnis im Wachen, daß es keine größere und sichere Bedrohung des Friedens und der Sicherheit gibt als die Aufrechterhaltung der außergewöhnlichen Rüstungen.

Die Welt sieht sich heute nach einem endgültigen Fortschritt auf dem Wege der allgemeinen Abrüstung. Der Völkerbund hat seit seinem Beginn fortgesetzt an der Organisation des Friedens gearbeitet. Aber das Empfinden für die Unsicherheit hat bisher fortgesetzt zu neuen Rüstungen geführt und das Anwachsen der Rüstungen führte wieder zu einem fortgesetzten Anwachsen des Empfindens der Unsicherheit. Dieser Zirkelschluß muß jetzt unterbrochen werden. Die überbürdeten Nationen haben bisher keinen anderen Ausweg gesucht, als den Konflikt. Aus diesem Grunde ist die Abrüstung einer der Hauptziele des Völkerbundespaktes geworden. Die Mitglieder des Völkerbundes haben sich

im Artikel VIII des Paktes verpflichtet und festgestellt, daß die Aufrechterhaltung des Friedens eine Herabsetzung der nationalen Rüstungen zu dem niedrigsten Punkte fordert, der mit der nationalen Sicherheit vereinbar ist

und durch gemeinsames Vorgehen die internationalen Verpflichtungen zu stärken. Diese Verpflichtung bleibt weiter auf allen Mitgliedern des Völkerbundes lasten und jeder einzelne muß jetzt versuchen, den Völkerbund von dieser Verpflichtung zu befreien. Der Völkerbund hat bisher keine Zeit verloren, dieses Problem in Angriff zu nehmen.

Nach einem langen historischen Rückblick auf die früheren Verhandlungen des Völkerbundes über Abrüstungsfragen und besonders auch auf die Locarno-Verträge entwickelt

Henderfon entwickelte die Richtlinien der vom Abrüstungsausschuß ausgearbeiteten vorläufigen Konvention, die lediglich die Methoden der Abrüstung behandelt. Die Abrüstungskonferenz müsse, so fährt der Präsident fort, jetzt die endgültigen Zahlen für die Herabsetzung und Beschränkung der Rüstungen bestimmen. Der Abkommensentwurf ist vielfach auf starken Widerstand gestoßen. Selbst über die Methoden der Abrüstung bestehen verschiedene Auffassungen. Die Abrüstungskonferenz ist selbstverständlich frei, auch jeden anderen Vorschlag oder jeden neuen Entwurf eines Abkommens zu erörtern, der ihr vorgelegt wird.

Das Problem der Abrüstung ist von lebenswichtiger Bedeutung in der gegenwärtigen schweren Wirtschafts- und Finanzkrise der meisten Nationen.

Die Kosten der Rüstungen sind eine der hauptsächlichsten Ursachen der heutigen schweren Lage und der zerrütteten Staatshaushalte. Die öffentliche Meinung verlangt, daß jetzt eine wesentliche Herabsetzung der auf allen Völkern lastenden Heeresausgaben erreicht wird. Die Augen der ganzen Menschheit sind heute auf diese Konferenz gerichtet. Ich lehne es ab, die Möglichkeit eines Zusammenbruches der Konferenz in Erwägung zu ziehen. Niemand kann sagen, welche Folgen ein Zusammenbruch haben würde. Henderfon schloß:

Gegenwärtig kann es nur eine Gleichheit der Rechte für jede Nation in der von uns gebauten freien Gesellschaft der Völker geben. Es kann nur die Brüderlichkeit aller Völker geben, die in Zukunft nicht mehr Feinde, sondern treue Freunde sein werden. Es kann jetzt nur die Freiheit für jedes Volk geben, sein Leben ohne Furcht vor Ungleichheit, vor Bedrückung oder Krieg leben zu können. Laßt uns die große und auferlegte Aufgabe in Angriff nehmen, laßt uns Entscheidungen fällen und die Nationen den ersehnten Höhen entgegenführen!

Nachdem der lebhafteste Beifall verausicht war, ernannte Henderfon den Bundespräsidenten Motta-Schweiz zum Ehrenpräsidenten der Konferenz. Sofort wurden drei Kommissionen für die Geschäftsordnung, Prüfung der Vollmachten und Petitionen gebildet. Am Sonnabend wird sich voraussichtlich eine Vollversammlung mit den bis dahin durchgearbeiteten Petitionen befaßen, unter denen vor allem die unzähligen Kundgebungen zu nennen sind, die auf Anregung der Sozialistischen Arbeiter-Internationale und des Internationalen Gewerkschaftsbundes an die Weltkonferenz gerichtet worden sind.

Ein schäbiger Schwindel.

Genf, 2. Februar. (Eigenbericht.)

Hugenbergs Telegraphen-Union versucht Stimmung gegen Henderfon und den Generalsekretär Drummond zu machen. In einer Meldung behauptet sie, Henderfon habe das Abrüstungsprogramm der Sozialistischen Arbeiter-Internationale ursprünglich in seine Rede verarbeitet gehabt. Dieses habe ihm aber Sir Eric Drummond herausgestrichen.

Wie wir von zuständiger Stelle erfahren, ist eine solche Zensur, die sich Henderfon nicht hätte gefallen lassen, schon deshalb nicht wahr, weil die behauptete Stelle nie in dem Manuskript enthalten war. Henderfon hat als Vorsitzender viel wirksamere Möglichkeiten, für dieses Programm einzutreten, als sie ihm eine Eröffnungsrede geboten hätte.

Die Delegiertenliste.

Die Weltabrüstungskonferenz umfaßt nach der amtlichen Liste des Völkerbundessekretariats die Vertretungen von 64 Staaten, davon die zehn Nichtmitgliedsstaaten des Völkerbundes: Vereinigte Staaten, Sowjetrußland, Türkei, Afghanistan, Aethiopien, Mexiko, Brasilien, Costa Rica, Honduras und Ecuador. Die Republik San Domingo ist durch einen Beobachter vertreten. Der Konferenz gehören u. a. an: fünf Ministerpräsidenten, 24 Außenminister, 25 Generäle und 15 Admirale, ferner viele hundert Generalkonsuls und Admiralsstabsoffiziere, Militärattachés, zahlreiche Botschafter, Gesandte und hohe Beamte der Außenministerien.

Ministerpräsident MacDonald ist am grünen Star erkrankt und wird sich operieren lassen. Vor Ablauf von vierzehn Tagen wird er nicht nach Genf zur Abrüstungskonferenz reisen. Damit dürfte auch die Reise des Reichsanzlers Brüning um so viel verschoben werden.

Hindenburg — Salomonsohn.

Nationalsozialistisches zur Reichspräsidentenwahl.

Was die Hitler-Partei zur Reichspräsidentenwahl will, weiß niemand, wie es scheint, am wenigsten sie selbst. Goebbels aber legt es offenbar darauf an, ihr eine Zustimmung zur Kandidatur Hindenburgs unmöglich zu machen. Seine Stellung zur Initiative des Sachm-Ausschusses kennzeichnet er durch die Ballenüberschrift:

Bitte der Sachm-Aktion.

„Volkswahl“ von Grünfeld und Salomonsohn.

Mit dieser Ueberschrift soll gesagt werden, daß Hindenburg der Kandidat der Juden ist. Im Text wird Goebbels noch deutlicher:

Die Juden in der Jerusalem- und Kochstraße überschlagen sich direkt in orientalischen Begeisterungsausbrüchen. In der Tat eine bemerkenswerte Kumpanei. Und hinter all dem Geschrei steht die blasse Angst, daß am Ende das Volk, auf das es ja schließlich ankommt, doch seine Gefolgschaft ver-lagen könnte.

Nach solchen Auslassungen ihrer Presse wird es den Nationalsozialisten kaum möglich sein, in die Spuren der „Grünfeld und Salomonsohn“ zu treten, ohne ihre Front zu zerbauen.

Hitler Gegenkandidat?

Eine Kandidatur Hitlers gegen Hindenburg wird in nationalsozialistischen Kreisen lebhaft diskutiert. Zwar wissen die Unterführer genau, daß der „große Führer“ nur ein Popanz, eine Attrappe ist, daß er hilflos hin und hergeschwankt und schon von Brüning für die parlamentarische Aktion gewonnen war, als ihn Hugenberg wieder zurückdrückte. Die Massen der Anhänger aber, die an Hitler als den neuen Nationalhelden und -heiligen glauben, würden es nicht verstehen, wenn ein anderer kandidieren würde. Auch sagt man sich, daß Hitler der einzige Nationalsozialist ist, der es gegen Hindenburg wenigstens noch zu einem Achtungserfolg bringen könnte. Mit einem anderen Kandidaten befürchtet man eine Niederlage, die den nationalsozialistischen Vormarsch jählings ins Gegenteil verwandeln könnte.

Hitler entspricht jedoch als Kandidat nicht der Bestimmung der Verfassung, daß nur ein Reichsangehöriger wählbar ist. Er ist staatenlos, die Gerüchte von seiner heimlichen Ernennung zum thüringischen oder braunschweigischen Staatsbeamten scheinen falsch zu sein, außerdem würde durch ein solches Scheingeschäft nach Ansicht der Juristen des Reichsinnenministeriums die Reichszugehörigkeit nicht erworben werden können.

Stimmen, die für einen nicht wählbaren Bewerber abgegeben werden, sind ungültig. Es würde also wahrscheinlich, wenn Hitler kandidiert, schon im ersten Wahlgang die Entscheidung fallen, und siegte hätte derjenige Kandidat, der die absolute Mehrheit der gültigen Stimmen erhält.

Treibereien um Hindenburg.

Die Situation, in der sich die Nationalsozialisten befinden, ist nach alledem nicht angenehm. Die der Deutschen nationalen und der anderen Rechtsorganisationen, zumal des Stahlhelms, ist es noch weniger. Für sie alle wäre es eine ungeheure Erleichterung, wenn Hindenburg seine Wieder-aufstellung ablehnen würde. Gewisse Rechtskreise denken aber noch an eine andere Möglichkeit, die gestützt von der Hugenberg-Presse mit folgenden dunklen Worten angedeutet wurde:

Es ist anzunehmen, daß noch im Laufe dieser Woche sehr wichtige innenpolitische Verhandlungen stattfinden und vielleicht auch Entscheidungen getroffen werden, die im Zusammenhang mit der Reichspräsidentenwahl auch auf andere Gebieten große Bedeutung haben können.

Was bedeutet das? Das bedeutet, daß man Hindenburg zumutet, Brüning fallen zu lassen. In diesem Falle würde sich Hindenburg aus einem Kandidaten „Grünfeld und Salomonsohn“ in einen Kandidaten Hugenbergs und Seldtes zurückentwickeln dürfen.

Dem Gelingen dieses Plans steht der Umstand entgegen, daß eine Rechtsregierung aller Voraussicht nach sofort vom Reichstag ein Misstrauensvotum erhalten würde. Eine Regierung aber, die auch dem Zentrum tragbar wäre — etwa mit Brüning als Außenminister und anderen Mitgliedern aus dem Zentrum und ohne Nationalsozialisten — würde dem größten Teil der Harzburger für die reuige Rückkehr zu Hindenburg nicht als ausreichender Preis erscheinen.

„Der Deutsche“, das Organ der christlichen Gewerkschaften, ist der Meinung, daß die Harzburger Front wieder

geschloffen sei. Davon ausgehend, empfiehlt er die Kardatur Hindenburg mit den folgenden Worten:

Die Harzburger Front, das ist die politische und soziale Reaktion. Hugenberg, die Schwerindustrie, der Reichslandbund, der volksparteiliche Flügel um Schlenker, Schmid, v. Gisa usw. geben ihr das Gepräge. Hitler ist der Befangene dieser Reaktion. Er kam sich darüber unendlich täuschen und muß wissen, daß dieser Harzburger Front der schärfste Kampf der gesamten Arbeiterschaft gilt. Darum kann es für die Arbeitnehmer nur eine Parole geben: für Hindenburg.

„Der Deutsche“ geht dabei von der Voraussetzung aus, daß Hindenburg die Zumutungen der Harzburger ablehnen und gegen sie kandidieren wird. Im übrigen zeigt er für die Zurückhaltung der freien Gewerkschaften und der Sozialdemokratischen Partei Verständnis.

Von der Reichstagsfraktion.

Zur Einberufung des Auwärigen Ausschusses.

Der Vorstand der sozialdemokratischen Reichstagsfraktion beschäftigt sich am Dienstag mit der gegenwärtigen wirtschaftlichen und politischen Lage. Die nächste Sitzung der Gesamtfraktion findet Donnerstag, den 11. Februar, nachmittags 1 Uhr, statt.

Einem kommunistischen Antrag, wegen der Zuspitzung der Lage im Fernen Osten den Auwärigen Ausschuh des Reichstags einzuberufen, wird die Fraktion zustimmen. Die Sitzung dürfte nach der Rückkehr des Reichsfanzlers und Außenministers Brüning aus Genf einberufen werden.

Berwächtelt das Bäumchen!

Parlamentsspiel im Kleinfuß.

Vor kurzem erst hatte im Anhaltischen Landtage eine Mehrheit aus Deutschnationalen, Nazis, Kommunisten und Volksparteilern der Regierung das Mißtrauen ausgesprochen. Die Regierung Weist-Weber trat darauf zurück, wurde aber bald darauf wiedergewählt, da die Kommunisten bei der Neuwahl noch nicht für die Naziliste stimmen mochten.

Man sollte meinen, daß das Spiel damit für einige Zeit erledigt gewesen sei. Aber das ist ein Irrtum. Denn bereits gestern wurde mit der gleichen rechtsbürgerlich-kommunistischen Mehrheit wieder ein Mißtrauensantrag angenommen. Die Regierung ist daraufhin, treu der Verfassung, abermals zurückgetreten.

Gleichzeitig aber wurde ein deutschnationaler Antrag, den Landtag sofort aufzulösen und Neuwahlen mit größter Beschleunigung auszusprechen, mit 20 Stimmen der Sozialdemokraten, Staatsparteilern und Kommunisten gegen 16 Stimmen der gesamten Rechten abgelehnt.

Bisher konnten die Reaktionen also noch nicht auf die kommunistische Gefolgschaft bauen. Bei der Neuwahl der Regierung wird sich herausstellen, ob die Bereitschaft zu Liebesdiensten im Mostlager inzwischen weiter gewachsen ist.

Was „Lange“ währt...

Ein Hauptschuldiger von Raiffeisen verhaftet.

Unter dem Verdacht, im Dresdener „Leinen“ Uralsjeff-Prozess einen Meineid geleistet zu haben, ist der Berliner Rechtsanwalt und Notar Dr. Lange von der Kriminalpolizei verhaftet worden. Lange war im Jahre 1924 Prokurist und Geldsponsoring der Raiffeisenbank. Er hat, gänzlich unbewußt von den deutschnationalen Direktoren Dietrich-Brenzlau und Seelmann-Eggebert, die Millionenkredite an Uralsjeff gegeben, ohne im mindesten die Sicherheit zu prüfen. Die von Uralsjeff verpfändeten Lagercheine waren rechtsungültig, was Lange — obwohl Jurist — nicht sah oder nicht sehen wollte. Lange war es auch, der unbefehligt das von Uralsjeff gegebene Schätzkästlein als Sicherheit für 750 000 M. in Depot nahm, ohne auch nur ein Verzeichnis des Inhalts aufzustellen. Nach dem Zusammenbruch Uralsjeffs stellte der wirkliche Wert der verpfändeten Schmiedegenstände sich auf ganze 15 000 M. (!) heraus!

Schon der Untersuchungsausschuh des Preussischen Landtags äußerte in seinen Feststellungen den dringenden Verdacht, daß dieses Verhalten Langes gegen Uralsjeff durch Dummheit und Leichtfertigkeit allein nicht erklärt werden könne. Im Dresdener Uralsjeff-Prozess beschwor Lange — trotz warnender Vorhaltungen des Gerichtsvorstandes —, daß er von Uralsjeff keinerlei Geschenke oder Vorteile erhalten habe. Uralsjeff jedoch konnte glaubhaft machen, daß er wertvolle Geschenke, wie echte Perseerteppiche und eine goldene Uhr an Lange gegeben habe. Daraufhin hat nun die sächsische Staatsanwaltschaft die Festnahme Langes veranlaßt.

Wir freuen uns, daß in diesem Fall wenigstens die Sachen „heiß“ sind. In Preußen steht man nämlich dem Fall Lange mit einer rätselhaften Hilflosigkeit gegenüber. Das preussische Justizministerium hat bis zum heutigen Tage es nicht geschafft, Herrn Lange auch nur sein Notariat abzuerkennen, obwohl in einer sozialdemokratischen parlamentarischen Anfrage nachdrücklich auf den Unhaltbaren Zustand hingewiesen war, daß dieser Mann nach wie vor als amtliche Vertrauensperson fungiert. Von der ursprünglich geplanten Anklage gegen Lange wegen Untreue ist es gänzlich still geworden. Ein Gutachten der Anwaltskammer, ob Lange Angestellter der Raiffeisenbank gewesen ist oder ihr Rechtsberater, sollte über die Erhebung der Anklage entscheiden. So hörte man vor einigen Monaten. Seitdem nichts mehr. Langsam vollendet sich das liebliche Jahr, seitdem Uralsjeff zusammen mit Lange die Raiffeisenbank um ein Duzend Millionen Mark schädigte. Nicht nur Gottes Wühlen mahlen langsam, die Justiz mahlt noch langsamer... es sind ja auch deutschnationale Parteigrößen in der Sache kompromittiert.

Gegen Lange schwebte auch in Berlin schon seit längerer Zeit eine Voruntersuchung wegen Untreue im Zusammenhang mit der Uralsjeff-Affäre. Ein gleichzeitig eingeleitetes Disziplinarverfahren war bis zur Entscheidung des Strafverfahrens ausgesetzt worden. Der jetzt gegen Lange erhobene Vorwurf des Meineids gründet sich auf den Verdacht, daß Dr. Lange im Uralsjeff-Prozess, in dem er als Zeuge auftrat, der Wahrheit gegenüber unter Eid den Empfang wertvoller Geschenke von dem Russen abgeleugnet hat, obwohl ihn der Vorsitzende in dem Dresdener Prozeß sehr ernst vor einem Meineid gewarnt hatte.

Dokumente der Schande.

Der Inhalt der Aktenbände, die Groener empfing.

Wie unseren Lesern bereits bekannt, hatte der Parteivorstand des Genossen Otto Wels Anfang Dezember dem Herrn Reichspräsidenten und den zuständigen Ministern des Reichs und Preussens eine Denkschrift mit der Aufzeichnung von über 1400 Gewalttaten der Nationalsozialisten überreicht. Am 1. Februar ist dem Reichspräsidenten und dem Reichsinnenminister eine weitere große Aktenammlung über von Nationalsozialisten ausgeübten Terrorhandlungen überreicht worden. 363 sorgfältig geprüfte gesetzwidrige Taten, mit Zeugenaussagen, mit Polizeiberichten und teilweise schon mit Gerichtsurteilen belegt. Da sich beide Eingaben etwas überschneiden, sind es insgesamt 1600 Terrorfälle. Sie zeigen in ihrer Gesamtheit, wie die Prätorianergarden zum Terror und zu den Gewalttaten geschult und ausgebildet sein müssen.

Das in Mappen geordnete Material enthält Aktenstücke mit Zeugenaussagen, die nachweisen, wie Veranstaltungen von Republikanern durch die Nationalsozialisten angegriffen und gestört werden. Immer gibt es Verletzte; sehr oft müssen Republikaner schwer verletzt vom Plage befreit werden. Immer suchen sich die Nazis die schwächsten Stellen aus; greifen mit gewaltiger Uebermacht an, sehr oft sind

Kolonnen von weither herangeholt.

Auf diese Weise wollen sie Schrecken verbreiten. Der Angriff richtet sich stets gegen den schwächsten und wehrlosesten Teil, Jugendliche und Frauen werden niedergeschlagen. Wenn sie gar nicht zu ihrem Ziele kommen können, so versuchen sie, das schützende Reichsbanner durch Anruf vom nächsten Ort, falls da gleichfalls eine Versammlung stattfindet, herüber zu locken und greifen dann den Teil des Reichsbanners, der dem Nachbarort zu Hilfe eilen will, auf dunkler Chaussee mit mehrfacher Uebermacht an.

In letzter Zeit greifen die Nazis auch die geselligen Veranstaltungen von Arbeitern und Republikanern mit Waffengewalt an. Sie hoffen, so um so besser ihr Ziel erreichen zu können, da bei solchen Veranstaltungen diese Angriffe nicht erwartet werden. Wenn dann die Abwehr einsetzt, haben die Nazis ihr Ziel erreicht und sind wieder verschwunden.

Haben die Nazis selbst Veranstaltungen, so werden die Spalierbildenden angegriffen. Die Jungteilnehmer, die von auswärts herangeholt werden, somit den Ortseingewohnten nicht bekannt sind, werden auf die Lokale der Arbeiter gehetzt, um sie zu demütigen. Wer sich in dem Lokal befindet, wird mißhandelt. Auch vor Frauen, Kriegsbeschädigten und ganz alten Leuten wird kein Haß gemacht. Ja, in Ulsteren ist bei einer solchen Gelegenheit am 1. November eine ganze Versammlung von Arbeitslosen niedergeschlagen worden.

Eine andere Art des Terrors wird auf der Straße gesucht. Einzelne Nazis beleidigen bekannte oder an Abzeichen erkennbare Republikaner. Antworten leiherte, so sind sie im Augenblick von drei- bis vierfacher Uebermacht umzingelt. Fühlen sich die Nazis dann noch zu schwach, so wird aus der nächsten Kaserne durch Radfahrer Verstärkung herangeholt und die Mißhandlungen beginnen.

Sehr oft stehen zehn gegen einen. Es geschieht, daß ganzezüge auf einen einzelnen Reichsbannermann Jagd machen. So umstellten am 1. November 1931 (Wahltag) in Bipprow 60 Nazis das Wahllokal und verlangten die Auslieferung eines Arbeiters, um ihn ermorden zu können, oder wie sie sich ausdrückten, ihn in die „See...“ zu treten. Als sie das Wahllokal zu stürmen versuchten, kam in höchster Not die Polizei. Als diese fort war, kam noch weiterer Zug der Nazis von auswärts. Belegriff der Pfarrer und dessen Frau ein. Sie bekamen rote Schimpfworte zur Antwort und wurden ebenfalls beleidigt. Der Reichsbannermann konnte nicht nach Hause, sein Haus war von den Nazis dicht umstellt. Der Lehrer wollte ihn nicht aufnehmen, er befürchtete, daß sein Haus demoliert würde. Schließlich nahm das Pfarrer-Ehepaar ihn mit, um das Verbrechen zu verhüten. Sämtliche Nationalsozialisten waren

mit scharf geschliffenen Spaten ausgerüstet.

Hier in Bipprow waren es weit über hundert gegen einen! So kann man Akte für Akte durchsehen: Terror, Brandstiftung, Gewalt sollen die Bevölkerung einschüchtern, sollen sie in Furcht und Schrecken setzen, damit das Ziel erreicht wird, das den Anbetern des Dritten Reiches vorsteht und das den Zuständen am Ausgang des 18. Jahrhunderts sehr ähnlich sehen würde.

Versammlungsführungen zeigen die schamlose Einübung des Terrors in verstärkter Weise. Besuchen die Nazis Versammlungen von Republikanern, postieren sie sich in einer Ecke nahe dem Ausgang. Fühlen sie sich stark genug, so beginnen Zwischenrufe, die sehr oft rohe Beleidigungen darstellen. Werden sie zur Ruhe gewiesen oder soll sogar ein Krakeeler hinausgebracht werden, so geht der Spektakel los: Verwundete, zerbrochenes Inventar sind die Folgen.

Gehen Republikanern in die Versammlungen der Nazis, so haben die SA-Leute vor der Bühne mehrere Stuhlfüße besetzt; Rücken zur Bühne gemandt. Außerdem blockieren sie die Ausgänge, damit sie jederzeit imstande sind, das Fortgehen zu verhindern. Will kein Krad zustande kommen, so wirft einer der Ihrigen ein Bierglas nach der Bühne. Die Keilerei ist im Gange. Sind sie in der Minderheit, wird schnell Verstärkung geholt. Wollen die Republikaner den Saal verlassen, so wird ein kleiner Rest abgeriegelt und nach allen Regeln der Uebung verbrochen. Der Erfolg: Verletzte, sehr oft Schwerverletzte! Selbst in Versammlungen

spielt die Schutzmaske eine Rolle.

Immer wird gleich geschossen, trotz aller Beglaubigungen. In einer Mappe ist eine Reihe von Mordfällen mit ihren Begleitumständen zusammengestellt. Wenn man diese Mappe aufschlägt und man sieht, wie die Verhältnisse in Riesa sich zu dem Mord an dem jungen Reichsbannermann Sottler Arno Wolf am 3. November 1931 entwickelt haben, dann sieht man auch, wie diese Taten herangezogen werden. Hier sind Duzende von Presseäußerungen des Naziblattes „Kleiner Kausse Nachrichten“ aufgeführt, aus denen man die folgende Mordebe dieser „Journaliste“ (um einen ihrer Ausbrüche zu gebrauchen) ersuchen kann. Die tollsten, längst widerlegten Lügen über Führer des Staates und der Republikaner werden aufgewärmt. Dann folgen Sätze wie diese:

„Hoffen wir, daß der Haß um diese Zeit einen starken Wachs zeigt.“

„Kampf bis auf Messer, Kampf bis auf den letzten Mann.“
„Ich werde fürchterliche Mißwertung unter euch halten.“
„Diese Stroche, dieses Lumpengesindel.“
„Was ist eure Kultur? Pump, Fraß, Korruption, Böllererei.“
„Jeden roten Volksoverleider und Heher auf den Sandhaufen gestellt!“

„Einem der am deutschen Elend verantwortlichen Roten mußte am Galgen baumeln.“

So ging es täglich seit Monaten. Die Folge war der Mord! Ueber die Häufung der Morddrohungen redet kein Mensch mehr. Anklage wegen dieser Drohungen gibt es nicht.

Nach zu Privatzweden wird die SA gebraucht. Will ein Mädchen mit einem SA-Mann nichts mehr zu tun haben und lernt einen anderen jungen Mann kennen, so besorgen ihm bald zehn bis zwölf SA-Leute die nötigen Knochenbrüche. Hat jemand Schulden und wird gemahnt, so wird mit einer gefährlichen Körperverletzung „aufgerechnet“.

So wird eine Geistesverfassung erzeugt, die die Phantasie dieser Menschen sich nur noch um Blut, um Rache, um Niederlagen drehen läßt. Schreibt ein Lehrer aus Coswig seinem Freunde eine kleine Notiz, so ist auch ohne jeden Zusammenhang dort folgende Bemerkung zu finden: „Am Dritten Reich bekommen die Seiler Arbeit.“

Sagt ein Gymnasiallehrer in der politischen Arbeitsgemeinschaft seiner Schüler:

„Die Hitlerbewegung hat keine Ideale, sie hat keine gemeinsame Weltanschauung, kein gemeinsames Interesse und kein gemeinsames Problem.“

so schwört eine ganze Reihe der „Gebildeten“ ihm Rache und er steht auf der Liste derjenigen, die am Vaternenpfahl baumeln sollen, wenn das Dritte Reich beginnt.

Ein Nazi überfällt einen Taubstummen, zieht dabei aber den Kürzeren. Der Taubstumme hat in seiner Hilflosigkeit so um sich geschlagen, daß der Angreifer mit Schädel- und Beinbrüchen liegen blieb. Der Nazirebelle in Gräfenhain schreibt darauf von „Rotem Mordgesindel“!

Ein Kommersefang der Nazis an der Wasserkanne hat folgende Strophen:

„Die Ministerjessel, die Ministerjessel, die Ministerjessel müssen unfer sein.
Hoch Minister Seevering, hoch Minister Seevering, hoch Minister Seevering am...“

Hoch daneben Brüning, hoch daneben Brüning, hoch daneben Brüning am...“

Zieht hoch! — Zieht hoch! — Zieht!

Der Refrain hat zur Gemütsdressing folgenden Wortlaut:

„Blut muß fließen knüppelholgedie,
wir pfeifen auf die Freiheit dieser Judenrepublik.“

Eine besondere Warte ist zweifellos der Sturmführer Brinkmann in Osnabrück.

Er schoß sich selbst in den Bauch.

beschuldigte Republikaner, und beschwor dieses. Was wollte er? Er wollte als Held gelten und wollte die Rente der SA-Berufung haben! Als es ans Tageslicht kam, entschuldigten ihn die Nazis noch o. andere. Er hatte bei ihnen auch eine schnelle Karriere gemacht. Er war 14 Jahre Mitglied und schon Sturmführer (Hauptmann) geworden. Er war auch besonders geeignet. Er kann seine Kermel nicht hochkrameln. Tüte er dieses, so könnte jeder auf seinem Arm eine Tätowierung sehen mit einem von einem Dolch durchbohrten Herzen und der Aufschrift:

HEIL MOSKAU!

K. P. D.

RACHE

Sehr nachdenklich muß die Erkenntnis stimmen, daß die Gerichte mit dem Anwohnen der Nazistimmen in ihrer Beurteilung der Verbrechen der Nazis immer milder werden. Es passiert sehr oft, daß die angegriffenen Republikaner, mit den Nazis vor Gericht gestellt, viel härter bestraft werden als die angreifenden Nationalsozialisten, wenn letztere nicht sogar freigesprochen werden.

So wurden Reichsbannerleute in Oberamstadt wegen Landfriedensbruchs angeklagt und verurteilt, wo es sich nur um einen einfachen Hinauswurf aus einer Versammlung handelte, während in Ansbach im Oberwald, wo 120 Nationalsozialisten in geschlossener Gruppenkolonne eine sich gerade aufstellende Radfahrerabteilung des Reichsbanners angriffen, nur wegen einfacher Körperverletzung vor Gericht gestellt wurden. Ein Nazi ist zu einer geringen Strafe verurteilt, trotzdem drei Reichsbannerleute schwer verletzt waren. Um was für Körperverletzungen es sich handelte, zeigt ein Bild des Kameraden Karl Weier. Er erhielt

allein 24 Stichwunden in den Kopf.

Zwei Nazis hielten ihn an dem Arm fest, mehr als ein Duzend schlug auf ihn ein!

So zeigen die eingereichten Akten, wie Terror, Gewalt und Kultur die politischen Kampfmittel der Nationalsozialisten sind, wie durch ihre Kaserei alles vernichtet werden soll, was für die Menschheit mehr als 80 Jahre gekämpft und gerungen hat.

Herr Groener mag als Reichsinnenminister die Akten studieren und seine behördlichen Schlussfolgerungen daraus ziehen. Die Republikaner formieren sich inzwischen zur Eisernen Front der Abwehr! Doch sie sich widerstandslos abschlagen lassen, wird niemand erwarten dürfen.

Das „Heim“ der Messerstecher.

Magdeburg, 2. Februar.

Die Polizei teilt über eine im Zusammenhang mit Zusammenstößen erfolgte Durchsuchung eines Magdeburger SA-Heims mit:

Der Stich mit einem Messer, durch den ein unbedeutendster Arbeiter verletzt wurde, ist von einem Nationalsozialisten geführt worden, der verhaftet wurde. Die bei den Heiberelen beteiligten Nationalsozialisten waren Bewohner eines SA-Heims in der Agnetenstraße, das dann durchsucht wurde. Der Zutritt zu dem Heim mußte, wie die Polizei weiter erklärt, mit Gewalt erzwungen werden. So sei gleich hinter der Loreinfahrt der Polizei ein SA-Wannentgegengetreten, der mit einem langen Dolch und einem schweren Knüttel bewaffnet war. Auch hinter der verschlossenen Haustüre, die ebenfalls erbrochen werden mußte, hätten SA-Mitglieder mit Schlagwerkzeugen aller Art gestanden. In dem Aufenthaltsraum des SA-Heims waren 32 SA-Leute anwesend; sie hätten Stühle zerklüftet, um sich zu bewaffnen.

Der Polizeipräsident ordnete die sofortige Schließung aller Räumlichkeiten des Heims im Interesse der öffentlichen Sicherheit und Ordnung an.

Eiserne Front marschiert!

Arbeiter, Angestellte und Beamte Berlins reihen sich ein.

In 23 Kundgebungen reiheten sich gestern die Arbeiter, Beamten und Angestellten der Verwaltungen der Stadt Berlin in die Eiserne Front ein. Es ist uns unmöglich, über jede Versammlung einen eingehenden Bericht zu erstatten. Wir stellen aber fest, daß der Aufmarsch überall imposant, oft von überwältigender Wucht war.

Im roten Wedding.

In der langen vor Versammlungsbeginn überfüllten Hochschülervereins (sprach Genosse Bitte, R. d. A., vor dem Personal des Bezirksamts Wedding und des Birkow-Krankenhaus. Unter dauernden Beifallskundgebungen geistete Bitte die Schuld des Unternehmertums und zeichnete ein Bild der Rechtsmache der Arbeiter im „Dritten Reich“. Seine Aufforderung, sich anzuschließen in die Eiserne Front, fand die begeisterte Zustimmung der Versammlung.

Die Zentrale ist mit dabei.

Die Arbeiter, Angestellten und Beamten der zentralen Verwaltungen der Stadt Berlin vollzogen gestern in einer gut besuchten Versammlung in den Rusterfälen ihren Anschluß an die Eiserne Front. Der Vorsitzende der Ortsgruppe Berlin der Reichsgewerkschaft Deutscher Kommunalbeamten, Genosse Rehlitz, wies auf die großsprecherischen Ankündigungen der Nationalsozialisten hin, in diesem Jahr die deutsche Republik durch das Dritte Reich ablösen zu wollen. Die Nationalsozialisten haben zwar recht, daß das Jahr 1932 das Jahr der Entscheidung über den Fortbestand der deutschen Republik, über das Weiterbestehen der deutschen Arbeiterbewegung sein wird und sein muß. Die Bildung der Eisernen Front aller staatsbehaltenden Kräfte dient der Vorbereitung zu diesen Entscheidungskämpfen. Der Appell des Genossen Rehlitz an die Versammelten, sich in die Eiserne Front gegen Hitler und Hugenberg einzureihen, wurde mit starkem Beifall aufgenommen.

Ein interessanter Vortrag des Stadtrats Genossen Dr. Heuer über seine Tätigkeit als Beauftragter des Preisüberwachungskommissars regte zu einer längeren Debatte an, in der über die Unzulänglichkeit der bisherigen Preispolitik lebhaft Klage geführt und mit einer Anzahl Vorschläge zur weiteren Senkung der Preise aufgeworfen wurde.

Geschlossene Front der Arbeiter.

Neunzig Prozent der Belegschaft der Hauptwerkstatt Brunwald der BSG waren im „Spanbauer Bod“, um immer im zustimmenden Sinne den Ausführungen des Genossen Ortman, Bevollmächtigter des Gesamtverbandes, zu lauschen. Es gab nur eine Meinung: Geschlossene Front der Arbeiter in der Eisernen Front!

Hauptwerkstatt Uferstraße.

Einen glänzenden Verlauf nahm die außerordentlich stark besuchte Versammlung der Belegschaft der Hauptwerkstatt Uferstraße der BSG, wo Genosse Künstler, R. d. A., referierte. Nicht der geringste Störungsversuch wurde gemacht. Die Stimmung war begeistert und einheitlich für die Eiserne Front.

Im Osten.

Das dienstfreie Personal der Bahnhöfe 22 Weisenau, 25 Anpradestraße und Abrog Weisenau war gleichfalls dem Ruf gefolgt. Die Ausführungen des Bevollmächtigten Genossen Schaum fanden den ungeheuren Beifall der Versammelten, die sich in ihrer Mehrheit sofort in das ausliegende Eisernes Buch einschrieben.

In Zegel.

Von mehr als 600 Personen war der Saal im Strandschloß in Zegel voll besetzt. Genosse Dr. Wischler und Kamerad Botte referierten unter großem Beifall der Versammlung. Gegner meldeten sich nicht. Einige Nazis versuchten eine negative Kundgebung, indem sie sich bliesen, als sich zum Schluß die Versammelten erhoben und ein Hoch auf die Eiserne Front ausbrachten. Die Stimmung war ausgezeichnet und die Kundgebung ein Zeugnis entschlossenen Kampfwillens.

Massenkundgebung der Eisernen Front.

Reichstagspräsident Löbe in Kiel.

Kiel, 2. Februar.

Am Dienstagabend sprach hier in einer Massenkundgebung der Eisernen Front Reichstagspräsident Löbe über Hitlers Flucht in die Legation. Da die riesige Nordostseehalle lange Zeit vor Beginn wegen Ueberfüllung polizeilich geschlossen werden mußte, fanden Parallelversammlungen in der „Deutschen Wacht“ und im Gewerkschaftshaus statt, die gleichfalls überfüllt waren. Löbe glich davon aus, daß Hitler 1932 als das Jahr seiner „Machtergreifung“ verkündet habe. Die Volksmassen der Eisernen Front würden die Machtergreifung der Nationalsozialisten verhindern. Die vielen Arbeiter, Bauern, Bürger und Intellektuellen, die aus ihrer Not heute zu Hitler gegangen seien, glaubten an ihn als den Wunderkinder. Sie würden bald den Irrweg erkennen. Auch die „legale“ Machtergreifung durch die Nationalsozialisten werde nicht ruhig hingenommen werden. Die Abwehrfront stehe fest. Nach dem Siege über würden die Arbeiter die deutsche Republik fortentwickeln zum sozialen Volksstaat.

Erklärung des englischen Schatzkanzlers

England grundsätzlich für Streichung aller Schulden.

Die Regierung gab am Dienstag im Parlament über die Reparationsfrage Auskunft. Der Schatzkanzler Neville Chamberlain bezeichnete als das Ziel der englischen Politik eine möglichst umfassende und endgültige Regelung der Reparationen und Kriegsschuldenfrage. Die englische Regierung glaube, daß sich dieses Ziel am besten durch Streichung von Kriegsschulden und Reparationen erreichen lasse. Die Regierung habe der Verwirklichung einer mit der Aufgabe der Regierung der Kriegsschulden- und Reparationsfrage betrauten Konferenz auf Mail oder Juni zugestimmt, als es sich herausgestellt habe, daß der gegenwärtige Augenblick für die Abhaltung einer solchen Konferenz nicht günstig sei. Der Vorschlag einer vorläufigen Vereinbarung über das am 1. Juli nach Ablauf des Hoover-Moratoriums beginnende Jahr, der zwischen England und Frankreich diskutiert worden sei, habe keinen Erfolg gehabt, und es werde sich wohl als das Beste herausstellen, die ganze Frage der Konferenz zur Regelung zu überlassen.

Gipfel der Friedfertigkeit.



Der japanische Vertreter beim Völkerbund: „Der beste Beweis dafür, daß wir keinen Krieg führen, ist die Tatsache, daß unsere Bombenabwürfe allein die friedliche Zivilbevölkerung treffen.“

Endlich Eingreifen der Mächte!

Erklärungen vor dem Völkerbundsrat.

Genf, 2. Februar (Eigenbericht).

In letzter Stunde hat ein energisches Handeln im Völkerbundsrat den Krieg, wenigstens um Schanghai, aufgehalten und die drückende Kriegsstimmung der Welt etwas erleichtert.

Die Ratsitzung leitete an Stelle des erkrankten Paul Boncour Frankreichs Kriegsminister Lardieu ein. Sofort verlas der englische Kolonialminister Thomas eine Erklärung seiner Regierung, die einen ungeheuren Eindruck hervorrief.

Die englische Regierung erachtete es als unmöglich, daß die jetzige Entwicklung im Fernen Osten so weitergehen dürfe, da sonst der Völkerbundsvertrag, der Kellogg-Pakt und das Neunmächteabkommen das Vertrauen der Welt verlieren müßten.

Unglücklicherweise seien alle bisherigen Schlichtungsversuche unfruchtbar gewesen. Deshalb habe die englische Regierung in Uebereinstimmung mit der von Amerika beschlossenen, eine weitergehende Anstrengung zur Beendigung der bedauerlichen Ereignisse zu unternehmen. Sie vertraue auf die Mitwirkung der anderen Regierungen. Amerika und England hätten in Tokio gemeinsam eine formale Forderung unterbreitet:

1. daß alle Gewalttätigkeiten und Vorbereitungen zu Feindseligkeiten sofort aufzuhören hätten;
2. daß in der Zone von Schanghai beide Parteien ihre Truppen zurückziehen und zum Schutze der internationalen Niederlassung eine neutrale Zone zu bilden sei;
3. daß sofort Verhandlungen zu beginnen hätten zur Regelung der bestehenden Streitfragen im Geiste des Kellogg-Paktes und der Ratsentscheidung vom 9. Dezember 1931.

Anschließend verlas Thomas eine Regierungserklärung, die zur gleichen Zeit im englischen Unterhaus abgegeben wurde. Sie schildert die traurigen Ereignisse um Schanghai und die dortigen Versuche der Konsula zur Eindämmung, gibt dann das neue Verfahren an und fährt fort:

Bezüglich der militärischen Lage habe die Regierung am Sonntag beschlossen, zu den drei britischen Bataillonen in Schanghai noch ein Bataillon Infanterie und eine Batterie von Hongkong zu beordern. Die Seestreitkräfte Cornwall, Sandwich und zwei Kanonenboote seien bereits am Sonntag durch die beiden Kreuzer „Kent“ und „Suffolk“ ergänzt worden. Englisches Zusammenarbeiten mit den anderen Mächten werde erfolgen. England erbat dann vom Rat seine Zustimmung und Unterstützung.

Hätten die englische und die amerikanische Regierung sich schon im Herbst zu einem solchen Schritt entschlossen, dann wäre wohl die seitliche verhängnisvolle Entwicklung vermieden worden. Aber freilich: erst die unmittelbare Bedrohung der eigenen Staatsbürger und ihres Eigentums durch den faktisch ausgebrochenen Krieg in den wichtigsten chinesischen Städten hat die Mächte aus ihrer bisherigen Passivität herausgerissen. Es ist wirklich die höchste Zeit, um die Ausartung des japanisch-chinesischen Konfliktes in eine Katastrophe von ungeheurer Ausmaße zu verhindern und um den Bestand des Völkerbundes zu retten. Vielleicht ist es sogar schon zu spät. Denn bei der besonderen Mentalität der japanischen Diplomatie beweist die in Genf durch den Vertreter Japans im Rat abgegebene Zustimmungserklärung einseitigen nicht viel. Die Ereignisse der letzten Monate haben zur Genüge bewiesen, was von derartigen japanischen Zusagen zu halten ist. Sie werden meist nur abgegeben, um Zeit zu gewinnen; sobald aber der Druck der Mächte nachläßt, machen die japanischen Generäle und Admirale doch wieder, was sie wollen.

Die Gefahr, daß man in Tokio nur scheinbar vor der neuen Aktion der Mächte zurückweicht, um bei der ersten Gelegenheit den imperialistischen Raubzug gegen China wieder aufzunehmen, ist um so größer, als inzwischen von Washington aus die Wirkung der Genfer Kundgebung durch einen bedenklichen offiziellen Kommentar abgeschwächt wird. Ein Washingtoner Telegramm besagt:

Die Genfer Redungen, daß Amerika und England gemeinsam die sofortige Einstellung der Feindseligkeiten in China „gefordert“ hätten, werden hier als abwegig bezeichnet. Es wird erklärt, am 29. Januar habe der chinesische Außenminister Amerika um eine Vermittlung ersucht und am 31. Januar habe der japanische Außenminister Amerika um eine Einwirkung auf

China gebeten, damit China nicht weitere Truppen einsetze und die gegenwärtig in Schanghai stehenden Truppen zurückziehe. In letzterem Falle würde Japan keine Landtruppen nach Schanghai senden. Am 1. Februar habe der japanische Botschafter in Washington dieses Ersuchen bestätigt. Daraufhin seien der amerikanische Botschafter in Tokio und der amerikanische Generalkonsul in Nanking angewiesen worden, beiden Regierungen Vorschläge zur sofortigen Einstellung der Feindseligkeiten zu unterbreiten. Die britische Regierung habe gleichzeitig dasselbe getan und, soweit hier bekannt, hätten Frankreich und Italien einen gleichen Schritt unternommen. Von einem gemeinsamen Ultimatum könne daher nicht gesprochen werden.

Vielleicht bezweckt diese amerikanische Erklärung lediglich, den Japanern goldene Brücken für ihren Rückzug zu bauen. Man könnte für eine solche Taktik Verständnis zeigen, wenn nicht damit die Gefahr verbunden wäre, daß man in Tokio diesen amerikanischen Kommentar als ein Produkt der Angst vor der eigenen Courage deutet. Das Bedenkliche liegt vor allem in der amerikanischen Betonung, daß es sich nur um Vorschläge handele, die sogar auch von Japan angeregt worden seien, während die vom britischen Kolonialminister A. S. Thomas im Völkerbundsrat abgegebene Erklärung ausdrücklich von einem „formellen Ersuchen“ sprach. Die hehlerigen Japaner werden sicherlich diese starke Nuance empfinden und möglicherweise ihre Haltung danach einrichten. Darin liegt eine große Gefahr, und man kann nicht eindringlich genug dem Völkerbundsrat davor warnen, auf halbem Wege stehen zu bleiben.

Pfeift Japan auf die Mächte?

Tokio, 2. Februar.

Die amerikanischen und englischen Vorstellungen bei Japan wegen der Vorfälle in Schanghai haben hier erhebliche Aufregung und Bestimmungen verursacht. Nach japanischer Auffassung sind der Tatbestand und die Absichten Japans völlig verkannt und falsch gedeutet worden. (1) Japan beabsichtige nicht, gegen China aggressiv vorzugehen. (2) Es wolle und müsse jedoch seine erheblichen Interessen in Schanghai schützen. Deshalb sei das einzige Mittel zur Verhinderung der weiteren Verschärfung der Lage und der kriegerischen Verwickelung, daß Amerika und England energisch in Nanking vorstellig würden, um bei der Regierung die sofortige Zurückziehung der chinesischen Truppen zu veranlassen. (3)

Das japanische Kabinett hat nunmehr beschlossen, ohne Rücksicht auf irgendwelche fremden Schritte die bisherige Politik beizubehalten, zumal da die allgemeine Volkstimmung, die über die Einmischung fremder Mächte in der für Japan so lebenswichtigen Chinafrage stark erregt sei, die Haltung des Kabinetts führe.

Diese Meldung ist zwar vor der Sonderitzung des Rates am Dienstagnachmittag veröffentlicht worden. Sie zeigt aber, welchen geringen Wert die Erklärungen Satos vor dem Rat besäßen.

Der ungleiche Kampf.

London, 2. Februar.

Ueber den neuen japanischen Angriff auf Schanghai berichtet Reuters, daß gegen 2 Uhr von schweren japanischen Marinegeschützen das Feuer auf die chinesischen Stellungen nordöstlich des Bahnhofs von Schapel eröffnet wurde. Die Chinesen hätten nur mit einem einzigen Minenwerfer, der nach dazu eine Höchststreckweite von nur 2 Kilometer hat, das Feuer erwidert, so daß es einigen hundert japanischen Marinesoldaten ein Leichtes war, zum Angriff überzugehen. Gegen Abend war die Ruhe wiederhergestellt. Es hat nicht den Anschein, als ob die Chinesen oder die japanischen Stellungen irgendwie verändert wären. Insgesamt sind 450 japanische Marinegeschützen in Schanghai gelandet worden, so daß die japanischen Streitkräfte in Schanghai nahezu 5000 Mann stark sind.

Chinesische Verteidigungsmaßnahmen in Nanking.

Wie aus Nanking gemeldet wird, verschärften sich dort die Vorbereitungen, um sich gegen einen etwaigen Angriff der Japaner zu sichern. Das Personal des Außenministeriums bereitet die Abwehr des Ministeriums vor.

Verurteilte Schlägerkolonnen.

In Schlesien wie in Sachsen.

Waldenburg, 2. Februar. (Eigenbericht.)

Das Schöffengericht Waldenburg verurteilte vier Nationalsozialisten wegen schwerer Körperverletzung zu Gefängnisstrafen zwischen sechs Monaten und einem Jahr und zwei Monaten.

Der Anklage lagen Ueberfälle auf Reichsbannerleute zugrunde. Ein Reichsbannermann erlitt schwere Kopfverletzungen, mehrere wurden leicht verletzt. Zwei der Täter konnten von der Polizei festgenommen werden. Bei einem wurde ein mit Stahlrinne versehener Holzschläger, bei dem zweiten eine 50 Zentimeter lange Holzkeule gefunden. Die Angeklagten behaupteten vor Gericht, in Notwehr gehandelt zu haben. Die Beweisaufnahme ergab jedoch, daß Notwehr nicht vorlag, sondern die Nationalsozialisten die Tätlisheiten verabschiedungsgemäß begangen hatten.

Dresden, 2. Februar. (Eigenbericht.)

In dem seit drei Tagen vor dem Schwurgericht Dresden gegen acht Nationalsozialisten geführten Prozeß wurde am Dienstag der Handlungsgehilfe Helmecke und ein sogenannter Kunstgewerbler Hans Merck wegen zweifacher gefährlicher Körperverletzung im zweiten Fall verbunden mit Raubhandel sowie Vergehens gegen das Waffennißbrauchsgesetz zu 2 Jahren 4 Monaten bzw. 1 Jahr 1 Monat Gefängnis verurteilt. Ebenfalls wegen Raubhandel teilweise in Verbindung mit gefährlicher Körperverletzung und Waffennißbrauch erhielten weitere fünf Hakenkreuzer Gefängnisstrafen von 7 Monaten 2 Wochen bis zu einem Jahr. Ein Angeklagter wurde, obwohl dringender Verdacht auch gegen ihn begründet war, mangels ausreichenden Beweisen freigesprochen.

Der Verhandlung lagen zwei Ueberfälle auf Reichsbannerleute zugrunde. Im zweiten Fall wurde am dritten November der Reichsbannerkamerad Arno Wolf in Riesa durch fünf Messerstiche auf bestialische Weise ermordet. Die Anklage lautete ursprünglich auf Körperverletzung mit Todeserfolg. Schließlich wurde jedoch nur Raubhandel mit Körperverletzung angenommen. Nach Lage der Sache erscheint das Urteil viel zu milde.

Die Große Strafkammer des Frankfurter Landgerichts verurteilte drei Nationalsozialisten wegen erheblicher Körperverletzungen zu je 6 Monaten Gefängnis. Die Nazis hatten im November vorigen Jahres einen Kommunisten zu Boden geschlagen, den Verblieben mit Füßen getreten und ihn mit dem Ruf „Wenn er nur verreckt!“ einen Rippenbruch, einen Bluterguß in die Niere und Kopfverletzungen zugefügt.

Jindenburg spendet 100 000 M. für das Stuttgarter Alte Schloß. Der Reichspräsident hat zum Wiederaufbau des Alten Schlosses in Stuttgart aus dem ihm zur Verfügung stehenden Fonds eine einmalige Gabe von 100 000 Mark bewilligt. Die Spende ist mit Rücksicht darauf erfolgt, daß es sich bei dem Alten Schloß um ein Bauwerkmal von großer historischer Bedeutung handelt, und daß sich schon bei den Vorbereitungen für den späteren Wiederaufbau für zahlreiche Erwerbslose Arbeitsmöglichkeit bietet.

Eiserne Front!

Unsere nächsten Versammlungen.

Mittwoch, den 3. Februar:

Bezirksamt Schöneberg: 20 Uhr, Lokal Will, Schöneberg, Martin-Luther-Straße 69. Redner: Emil Barth.
Stadtgüter Schöneiche und Vogelsdorf: 17 1/2 Uhr. Redner: Genosse Heymuth.
13. Abteilung: 20 Uhr, Arminiushallen, Bremer Str. 72. Redner: Karl Hildenbrand, MDR., Dr. Richard Mischler, Adolf Buck.
Gold- und Silberschuldeanstalt und Kübler u. Co.: 16 Uhr, Lokal Otto, Reinickendorf, Berliner Str. 113. Redner: Max Ulrich.

Donnerstag, den 4. Februar:

Abteilung 108a, Köpenick: 20 Uhr, Lokal Uhlenhorst (Inhaber: H. Seidler), Mahlsdorfer Straße. Redner: Dr. R. Mischler.
Vorwärts-Betrieb: 17 1/2 Uhr in der Kantine. Redner: Franz Künstler, MDR.
Bezirksamt Treptow: 19 1/2 Uhr, Lokal Rennbahn, Treptow, Eisenstraße 115/116. Redner: Stadtrat Carl Wormuth.
Arbeitsamt Nord-Ost: 16 1/2 Uhr, Bleslin, Stargarder Straße 3. Redner: Stadtrat Richard Rosin.
AEG-Konzern, AIA-Verbandskollegen und Sympathisierende: 17 1/2 Uhr, Nordischer Hof, Invalidenstr. 125/26. Redner: Siegfried Aufhäuser, MDR.
Stadtgüter Selchow und Waßmannsdorf: 17 1/2 Uhr. Redner: Genosse Heymuth.

Nahrungsmittel- und Getränkearbeiter und Gastwirtsangestellte

Donnerstag, den 4. Februar:

1. Bezirk, Köpenick: 19 Uhr, Stadttheater Köpenick, Friedrichstraße 6. Redner: Marie Kunert, MDR. — **2. Bezirk, Neukölln-Südosten:** 19 Uhr, Hohenstaufensäle, Kottbusser Damm 76. Redner: Hermann Harnisch, MdL. — **3. Bezirk, Gesundbrunnen-Tegel:** 19 Uhr, Hochschulbrauerei, See-Ecke Amrumer Str. Redner: Albert Falkenberg. — **4. Bezirk, Wedding-Reinickendorf:** 19 Uhr, Brauerei Löwen-Böhmisch, Berlin, Hochstr. 2. Redner: Dr. Drucker. — **5. Bezirk, Ost-Lichtenberg:** 19 Uhr, Böhmisches Brauhaus, Landsberger Allee 12. Redner: Jockel Meier. — **6. Bezirk, Charlottenburg:** 19 Uhr, Türkisches Zelt, Charlottenburg, Berliner Str. 53. Redner: Lorenz Breunig. — **7. Bezirk, Schöneberg:** 19 Uhr, Gesellschaftshaus des Westens, Schöneberg, Hauptstr. 30/31. Redner: Willy Schneider. — **8. Bezirk, Moabit:** 19 Uhr, Arminiusallee, Bremer Str. 72/73. Redner: Otto Meier, MdL. — **9. Bezirk, Weißensee:** 19 Uhr, Wirtshaus zum Pferdemarkt,

Weißensee, Schönstraße. Redner: Dr. Julius Moses, MDR. — **10. Bezirk, Spandau:** 19 Uhr, Germaniasäle, Spandau, Stresowplatz 19. Redner: Robert Breuer. — **11. Bezirk, Tempelhof-Mariendorf:** 19 Uhr, Lokal Gohlke, Tempelhof, Berliner Straße 96. Redner: Dr. Otto Friedländer.

Freitag, den 5. Februar:

AEG, Ackerstraße, Bahnwerkstatt Prinzenallee, AEG, Brunnenstraße, Schwartzkopff, Lehrwerkstätte und Hydra-Werk, Dr. Paul Meyer: 16 Uhr, im Swinemünder Gesellschaftshaus, Swinemünder Straße. Redner: Pol-Präs. A. Grzesinski.
AEG, Turbine und sämtliche Metallbetriebe Moabits: Gleich nach Arbeitsschluß im Moabiter Gesellschaftshaus, Wicelstraße 24. Redner: Kurt Heinig, MDR.
AEG, Transformatoren: 16 Uhr, Brückenklause, Brückenstr. 15. Redner: Karl Dressel.
Otis und Flohr: 16 Uhr, Lokal Ladewig, Reinickendorf, Eichbornstr. 48. Redner: Bernhard Göring.
Aron, Charlottenburg: Gleich nach Arbeitsschluß, Lokal Reimer, Wilmersdorfer Str. 2. Redner: Wolfgang Schwarz.
Metall-Kleinbetriebe Charlottenburgs: 16 1/2 Uhr, Lokal Sicker, Charlottenburg, Bismarckstr. 85. Redner: Dr. Otto Friedländer.
Werner, Lützowstraße, und umliegende Metallbetriebe: 16 Uhr, Lokal Bärensprung, Lützowstraße 7. Redner: Hermann Harnisch, MdL.
AEG, Treptow und Ehrich u. Graetz: 15 1/2 Uhr, Rennbahn, Treptow. Redner: Joh. Stelling, MDR.
Bezirksamt Mitte und Charité: 16 1/2 Uhr, Hackescher Hof, Rosenthaler Str. 40/41. Redner: Bürgermeister Paul Mielitz.

Sonnabend, den 6. Februar:

Stadtgut Wandorf: 15 Uhr, Redner: Genosse Holmuth.

Sonntag, den 7. Februar:

Stadtgut Lanke und städtische Forsten in Lanke: Vormittags 10 Uhr. Redner: Genosse Holmuth.

(Gewerkschaftliches siehe 1. Beilage.)

Verantwortlich für Text: Walter Schill; Wirtschaft: G. Ringelbier; Gewerkschaftsbewegung: J. Steiner; Redaktionen: Dr. John Schillowski; Sozial- und Sonstiges: Felix Reibelt; Anzeigen: Th. Glöck; Druck: Schmidt in Berlin. Verlag: Vorwärts-Verlag G. u. S. S., Berlin. Druck: Vorwärts-Verlag und Verlagsanstalt Paul Singer u. Co., Berlin SW 68, Lindenstraße 1. Seite 2 Beilage.

WEISSE



WOCHEN

BRINGEN IN DIESEN WOCHEN
ELCHE Z.T. EIGENS ZU DIESEM
ZU ENORM BILLIGEN DAS FEST DER HAUSFRAU **PREISEN ZUM VERKAUF!**

Bettwäsche

Kopfkissenbezüge
Langgatte, guter Linnen, St. 1,45
Rahmensticker, St. 1,45, 0,85

Kopfkissenbezüge
Wäschestoff, St. 0,50
Linnen, St. 1,50, 1,15, 0,95, 0,65

Deckbettbezüge
Wäschestoff, St. 1,65
Linnen, St. 5,75, 4,50, 3,75, 2,30

Dimiti-Garnituren
1. Deckbett, 2. Kissen, 15,75, 11,50, 8,45, 4,95

Betttücher (beides mit Hohlsaum)
Gr. ca. 180/225, St. 2,95
Gr. ca. 180/250, St. 3,65, 2,95
St. 3,25, 4,25

Paradekopfkissen mit Klöppel- ein- und -ansatz, Gr. ca. 80/80, St. 1,45
Ueberlaken, hierzu pass., ca. 180/250, St. 4,25

Schürzen

Servierschürzen Linnen, mit Langgatte od. Sticker u. Hohlsaum, St. 0,95

Servierschürzen Linnen, grössere Form, mit Stickerbesatz, St. 1,45

Servierschürzen Linnen, mit neuer Krauseform, St. 1,65

Servierkleider schwarz-mangestrichelt, hoch u. weisser Garn, dopp. Krag., St. 4,25

Hausmittel Linnen, amerikanische Form, St. 1,90

Damen-Wäsche

Trägerhemden
verschiedene moderne Garnierungen, St. 0,95

Handarbeitshemden
reich gestickt, St. 1,95

Nachthemden
mit Sticker und Klöppelspitzen, St. 1,95

Nachthemden
mit langen Ärmeln, gute Qualität, St. 2,95

Pyjama farbiger Baftel, mit gemustertem Besatz, St. 2,95

Pyjama sehr elegant, mod. Form, St. 3,90

Kunstseidene Wäsche

in Charmeuse, Bomberg usw.
zu ausserordentlich billigen Preisen!

Tischwäsche

Tischtücher vollweiss gebleicht, Schaffmutter, ca. 180/180 cm, St. 1,92

Tischtücher vollweiss gebleicht, Damastmutter, ca. 180/180 cm, St. 2,45

Tischtücher Reinleinen, vollweiss gebleichtes Damastmutter, ca. 180/180 cm, St. 4,75

Kaffeedecken vollweiss gebleicht, Jacquardmuster, indanthrenfarbige Bordüre, ca. 150/100 cm, St. 2,45

Tischdecken Kunstseide, mittelstarke Jacquardmuster, mit Seidenfranse eingefasst, ca. 180/180 cm, St. 5,65

Reinleinen Tischtücher

schwere Hausmischqualität, apartes Blumenmuster, ca. 180/180 cm, St. 4,90
ca. 180/225 cm, St. 8,90

Servietten, dazu passend, ca. 60/80 cm, St. 0,33

Hauswäsche

Küchenhandtücher gutes Dreifachgewebe, weiss mit roter Kante, ca. 100 cm lang, gestickt und gebündert, St. 0,32

Küchenhandtücher Reinleinen, gutes Dreifachgewebe, ca. 45/100, abgepasst gestickt u. gebündert, St. 0,38

Jacquardhandtücher Halbleinen, vollweiss gebleicht, ca. 48 x 100 cm, abgepasst, gestickt u. gebündert, St. 0,42

Rolltücher Halbleinen, Streifenmuster, mit Jacquardbordüre, St. 1,45

Wischtücher weiss-rot oder blau kariert, ge-Samt und gebündert
Serie I: Reinleinen, St. von 0,23
Serie II: Halbleinen, St. von 0,18

Frotteierwaren

Frotteierhandtücher indanthrenfarbig, gemustert, St. 0,44

Badelaken gute Qualität, mit farbiger Bordüre, ca. 120/180 cm, St. 2,95

Bademäntel Damenform, moderne Muster, St. 4,90

Spitzen, Weißwaren

Schalfragen Maroccan mit Pflaese-Jabots, St. 0,68

Maroccan-Westen mit imitiertem Handstick, in allen mod. Farben, St. 1,25

Leinen-Klöppelspitzen und -einstiche, ca. 7 cm breit, Meter 0,16

HERMANN TIEBEN

SEIT ÜBER 3 JAHRZEHNTE DIE GRÖSSTE UND BESTE EINKAUFSMÖGLICHKEIT FÜR WEISSE WAREN ALLER ART!

Neue Ordnung in Berlin

Sozialdemokratische Kommunalkonferenz im Rathaus — Freie Bahn für Vereinfachung

Im Stadtverordnetenjahrsaal des Berliner Rathauses hatten sich gestern abend die sozialdemokratischen Mitglieder des Magistrats, der Bezirksämter, die Mitglieder der Stadtverordnetenfraktionen sowie die Vorsitzenden der Bezirksverordnetenfraktionen und einige Mitglieder des Berliner Bezirksvorstandes zu einer kommunalpolitischen Konferenz zusammengelassen, in der über den Entwurf der neuen Ortsfassung beraten wurde. Die Konferenz lagte unter der Leitung des kommunalen Sekretärs der Berliner Partei, Stadtverordneten Paul Robinson. Das einleitende Referat hielt Bürgermeister Friedrich Lange.

Als man 1920, nach der Schöpfung der neuen Einheitsgemeinde Groß-Berlin, vor der Aufgabe stand, eine Abgrenzung der Zuständigkeiten zwischen den Bezirken und der Zentralverwaltung vorzunehmen, war die Lösung ungeheuer schwierig. Sowohl die alte Berliner Zentralverwaltung, wie die ehemaligen Stadtgemeinden mußten Zuständigkeiten abgeben. Zudem war der frühere Oberbürgermeister alles andere als ein Freund der Zentralisation. Das neue Berlin-Gesetz, das der Landtag dann verabschiedete, gab der Stadtgemeinde die Möglichkeit, in einer besonderen Ortsfassung die Dinge neu zu regeln. Diese Ortsfassung ist neben der Städteordnung und dem alten Berliner Stadtverfassungsrecht die Rechtsgrundlage für die Zuständigkeitsabgrenzung innerhalb der Gesamtverwaltung. Der Entwurf soll die Grundlage sein, alle Verwaltungsangelegenheiten, die örtlich besser als von der zentralen Stelle verwaltet werden können, an die Bezirksverwaltung zu geben. Die Zentralverwaltung soll so die Möglichkeit bekommen, wahrhaft führend die großen Verwaltungsgeschäfte herauszuarbeiten. Genosse Lange ging dann im einzelnen auf die Bestimmungen der Ortsfassung ein. Seine Gedankengänge sind unseren Lesern durch den Bericht über eine Preisiskonferenz, in der der Bürgermeister sich in gleicher Weise ausdrückte, bekannt. Er legte der Stadtverordnetenversammlung nahe, genau nachzuprüfen, ob nicht noch einige städtische Anstalten, die der Entwurf für die Zentralverwaltung vorbehalten will, besser von den Bezirksämtern verwaltet würden. Die Innenbezirke sollen zukünftig auch in der Schulfrage nicht anders behandelt werden als die übrigen Bezirke. Im Hochbauwesen hat der Magistrat sich auf den Standpunkt gestellt, daß die großen allgemeinen Bauangelegenheiten bei der Zentrale ausgearbeitet werden müssen.

Man solle nicht am Bezirk kleben. Wir sind Berlin, wie sind eine einheitliche Stadt.

Die tüchtigsten Leute müssen ausgewählt und für die großen Aufgaben der Stadtverwaltung in der Zentrale zusammengefaßt werden. Abschließend stellte Bürgermeister Lange fest, daß bei der vernünftigen Teilung zwischen den Aufgaben der Zentralverwaltung und denen der Bezirksverwaltungen mit dem Entwurf quantitativ noch nicht das erreicht worden sei, was hätte erreicht werden müssen. Einige Aufgaben der Stadtverordnetenversammlung, hier noch Verbesserungen zu schaffen. Die Zentralverwaltung darf nicht mit Kleinram belastet sein, wie es bisher der Fall war. Sie muß freie Hand für die Entwicklung der großen Verwaltungsgeschäfte erhalten. Die in kommunalpolitischen Kreisen in letzter Zeit viel diskutierte Frage über eine eventuelle Zusammenlegung der Bezirke wird von dieser Ortsfassung nicht berührt.

Die Diskussion.

Stadtrat Genosse Bermuth vom Bezirksamt Treptow meinte, daß die Ortsfassung doch Bestimmungen und Arbeitseinteilungen schaffen würde, die schon in aller nächster Zeit zu großen Ersparungen der sachlichen Erledigung von Verwaltungsdingen führen wird. Er wandte sich besonders gegen die Uebertragung aller Bauangelegenheiten an die Zentralverwaltung.

Stadtrat Genosse Holz-Jehendorf äußerte gleichfalls große Bedenken gegen die völlige Zentralisierung der Bauaufgaben.

Bürgermeister Genosse Karl Herz-Kreuzberg vertrat die Ansicht, daß es politisch, organisatorisch und sachlich besser gewesen wäre, wenn die Frage der Zusammenlegung der Bezirke vor der Schaffung der Ortsfassung gelöst worden wäre. Unsere gesamte Verwaltung trauete daran, daß sie in viel zu viele kleine Verwal-

Eiserne Front ruft!
Reiht euch ein, der Würfel fällt!
Trage auch du dich ein!
Sammelstellen in allen Bezirken
Gausammelstelle Potsdamer Str. 131

tungsbezirke eingeteilt sei. Eine große Verantwortung liege bei der Stadtverordnetenversammlung. Die Verwaltung müsse jetzt unter allen Umständen in Ordnung gebracht werden! Die Zentralverwaltung habe in einem so riesigen Verwaltungskörper, wie ihn Berlin darstelle, und in einer so bewegten Zeit, alle Hände voll zu tun, die entscheidenden Richtlinien für eine ordnungsgemäße Verwaltung herauszuarbeiten. In der Zentrale müsse die geistige Führung liegen. Zum Schluß seiner Ausführungen wandte sich der Redner sehr scharf gegen die Bestrebungen, das Rudolf-Birchow-Krankenhaus der Zentralverwaltung zu überantworten. Man wolle hier ein Modellkrankenhaus schaffen. **Der Berliner Bürger habe aber das Recht zu verlangen, daß alle Krankenhäuser auf gleicher Höhe gehalten würden.**

Genosse Stadtrat Löwenstein-Kreuzkölln begrüßte besonders den Gedanken der Planwirtschaft, der jetzt Einzug in der gesamten Verwaltung halten soll. Man dürfe darüber aber nicht vergessen, daß es planwirtschaftliche Arbeit auch bei den Bezirken gibt, die dadurch nicht gestört werden dürfe. Den Bezirken müsse auch die Möglichkeit gegeben werden, nach der Berücksichtigung des Staats durch den Magistrat und die Stadtverordnetenversammlung mit diesem Etat wirtschaften, d. h. richtig disponieren zu können. Die Arbeiter-Abwanderung lasse man besser wie bisher bei der Bezirksverwaltung, mit der sie eng verbunden seien.

Stadtschulrat Genosse Ndhahl arbeitete in seinen Ausführungen klar heraus, daß die zentrale Schulverwaltung selbst das höchste Interesse daran habe, von der Kleinarbeit im Interesse der gesamten Schulverwaltung freizukommen.

Der Bürgermeister des Bezirks Prenzlauer Berg, Genosse Ostrowski, äußerte Bedenken gegen die Regelung, die die Straßenreinigung nach dem Entwurf finden soll. Rot sei eine Reformierung der Verwaltung des Wohlfahrtswesens. Genosse Paul Robinson betonte, daß man sich gegen die Trennung des Krankentransportwesens von Rettungswesen und seiner Angliederung an die Feuerwehr wenden müsse. Der „Vorwärts“ hat diese Gedankengänge des Redners schon vertreten.

Alle in der Diskussion vorgetragenen Bedenken jagte der Vorsitzende der sozialdemokratischen Stadtverordnetenfraktion Genosse Erich Klatau dahin zusammen, daß die Aussprache sehr gute Anregungen für die parlamentarische Bearbeitung des Entwurfes gegeben habe. Die Fraktion werde ihre ganze Kraft einsetzen, um zu einer klaren Kompetenzabgrenzung zwischen Zentrale und Bezirken zu kommen. Mit einem Appell an alle Teilnehmer der Konferenz, sich umgehend in die Eiserne Büchse einzutragen, schloß der Genosse Robinson die für das kommunalpolitische Leben Berlins wichtige Konferenz.

Frauenmord in Steglitz.

Junge Händlerin erschossen. — Der Geliebte als Täter?

Ein entsetzlicher Frauenmord ist in den gestrigen Nachmittagsstunden im Hause Schloßstraße 9 in Steglitz entdeckt worden. Als eine Hausbewohnerin den Treppenaufgang hinaufging, fand sie die 33 Jahre alte Cilly Wiesler, die im zweiten Stockwerk in Untermiete wohnte, mit einer schweren Schußverletzung tot auf. Die Steglitzer Kriminalpolizei wurde benachrichtigt, die das Polizeipräsidium alarmierte. Die erste Reverbewerkkommission unter Leitung von Kriminalkommissar Japie wurde an den Tatort beordert. Ueber den Vorgang erfahren wir folgende Einzelheiten:

Die unverheiratete Cilly Wiesler wohnte bereits seit geraumer Zeit in dem Hause in Untermiete; sie war eine sehr stille, fleißige Frau, die sich ihren Lebensunterhalt dadurch verdient, daß sie mit Spigen handelte. Am gestrigen Dienstag hatte die Frau den Steglitzer Markt aufgesucht und dort mit ihren Spigen gehandelt. Der Markt schließt um 2 Uhr. Von dieser Zeit an haben Hausbewohner auf der Treppe einen jüngeren Mann beobachtet, der dort nervös auf und ab lief. Bald darauf betrat Frau Wiesler, vom Markt kommend, das Haus. Auf der Treppe ist sie anscheinend von diesem Mann erschossen worden, denn bald nachdem ein Schuß gefallen war, rannte der Mann davon. Die Hausbewohnerin, die jetzt den Treppenaufgang betrat, fand die Leiche der Cilly L. Nach den Aussagen verschiedener Zeugen handelt es sich bei dem Täter wahrscheinlich um den Geliebten der Frau, von dem sie ein zweijähriges Töchterchen — Me — hat und seit zwei Jahren getrennt lebt. Zu diesem Zeitpunkt hatte sie einmal mit diesem Manne eine heftige Auseinandersetzung, in deren Verlauf der Mann ihr zahlreiche Messerschläge in den Kopf beibrachte. Er konnte ergriffen werden und man brachte ihn dann in eine Heilanstalt. Es wird jetzt vermutet, daß der Mann wieder versuchte, mit Cilly L. zusammenzukommen. Wahrscheinlich hat sie ihn aber abgewiesen. Der Mann ist dem Hausbewohnern leider nicht genau bekannt. Als Cilly L. auf dem Treppenaufgang des ersten Stockwerks aufgefunden wurde, zeigte sich unterhalb des Kinns rechts der Einschuß. Die Kugelverletzung ist durch den Kopf gegangen.

Die junge Spigenhändlerin, die aus Polen stammt, wird als eine sehr ordentliche Frau geschildert, die überall beliebt war.

Saalschlacht in Treptow.

Holzklöben als Waffen der Nazis.

Die Versammlung des Reichsbanners Schwarz-Rot-Gold, Ortsgruppe Baumhulsenweg, die gestern im Restaurant „Neu-Tivol“, Neue Krugallee 33, stattfand, endete mit einer durch Nationalsozialisten herbeigeführten Saalschlacht, der durch die Schutzpolizei ein Ende gemacht wurde.

Schon anderthalb Stunden vor Beginn der Versammlung hatten sich zahlreiche nationalsozialistische SA-Leute eingefunden, und es war von vornherein deutlich die Absicht zu erkennen, daß Hilfers Gefolgsmänner es auf eine Störung der Versammlung abgesehen hatten. Der Redner, Kapitänleutnant a. D. Dr. Klotz, konnte trotz wiederholter särmender Unterbrechungen sein sehr ausführliches Referat über das Wesen des Nationalsozialismus, das unter der Parole „Wir greifen an!“ stand, zu Ende führen. Als der Versammlungsleiter dann den Schluß der Rundgebung ansagen wollte, setzte ein Wortspektakel ein. Die SA-Leute fingen an zu größeln und griffen zu den für die Heizung des Raumes bestimmten Holzklöben, um sie gegen den Redner zu schleudern. In dem Tumult wurde von den jugendlichen Nazis, die sich wie die Wilden aufführten, ein mehr als sechzig Jahre alter Parteigenosse nicht unerheblich verletzt.

Die Polizei sorgte für die Räumung des Saales. Ein Nationalsozialist wurde zwangsgestellt.



Anita und der Cowboy
NOVELLE VON ERNA BUSING

Auch er tröstet den Ingenieur und sagt: „Ob einer Schlangen tanzen läßt oder weiße Mäuse frisst, das ist ganz gleich, das Publikum will dabei gewesen sein.“
Wir werden für sie etwas finden.“
Billy aber schießt sich auf Manegenentfernung ein. Er schießt Anita alle möglichen Gegenstände vom Kopf, bis der Kapitän es verbietet, weil er die Verwendung von scharfer Munition für zu gefährlich hält.
Darob ist Billy im Ernst ergrimmt; denn erstens ist es eines Cowboys unwürdig, sich Plakpatronen zu bedienen und zweitens kann man mit ihnen niemand etwas vom Kopf schießen, und drittens, wo soll er jetzt, mitten auf dem Meer, Plakpatronen hernehmen?

Die Millionenstadt.

Das Schiff läuft Hamburg an. Der junge Thormeilen steht an den St. Pauli Landungsbrücken, jung, übermütig, den Schelm im Nacken und Grubchen im Gesicht.
„John, John“, ruft er und pläht beinahe von Keuigkeiten. Hat er doch von dem eigenartigen Schicksal des Ingenieurs gehört und selber gleich Schicksal gespielt.
Thormeilen jun. weiß doch, in welchen verrückten Weinkneipen unternehmungslustige junge Leute hocken. Sie sitzen in diesen Weinkneipen, die einen gut situierten Eindruck machen und an deren Wänden man echte Delgemälde findet. Das ist doch der Zuschnitt von Anno dazumal. Das Neuhere bewahrt man auch, aber im Innern ist diese Generation von heute anders, ganz anders als ihre Vorfahren. In diesen Weinkneipen haben früher die gut fundierten, einwandfrei soliden Kaufleute gefessen und Domino gespielt, wenn sie sich entspannen wollten.
Darüber lachen die unternehmungslustigen jungen Leute von heute. Die sagen: Domino lag die Leute in den

Zuchthäusern spielen, die haben ja Zeit dazu. Wir wollen etwas erleben.“

Und sie laufen übereifrig jeder Sensation nach, sie verstehen es, Rebensächlichkeiten aufzubauchen, und meinen, sie stillen auf diese Weise ihren Lebenshunger. Das tun sie ganz bestimmt nicht, es reifen bei ihnen auch keine großen Taten oder irgendwelche Pläne von Bedeutung, weil beide Ruhe und eine gewisse Beschaulichkeit gebrauchen. Doch lassen die jungen Leute geschickt die Sensation für sich Reklame machen. Darauf verstehen sie sich auf dem ff.

Deshalb nehmen sie sich auch des Ingenieurs an. Von seinem Schicksal haben sie bereits den eifrigen Reportern der Berliner Schreibblätter erzählt und man hat von ihm berichtet. Und der junge Thormeilen hat tatsächlich schon ein Engagement für den Ingenieur und auf die zu erwartenden Prozente bereits mehrere Kunden ausgegeben.

Der Ingenieur kommt, er wird vorgestellt, er greift zu, es bleibt ihm ja gar nichts anderes übrig. Er hat den Kontrakt unterzeichnet und weiß kaum, wie er dazu kommt.

Billy lernt den Chef einer Wild-West-Schau kennen. Dieser Chef hat tatsächlich einmal bei der Herde gestanden, kennt also aus eigenem Erleben die Prarie und ist von Billy entzückt, ob des frischen Hauches der Natürlichkeit. Es ist nachgerade Zeit gewesen, der Schau neues Blut zuzuführen. Billy und der Chef freunden sich schnell an.

Die Schau hat nahezu auf Billy und Anita gewartet, denn ein paar Artisten, die gute Lassoarbeit liefern und Bumerang werfen können, haben den begehrten Größenwahn bekommen, und alle die Arbeitslosen, die Abend für Abend als Füllsel für Stunden gemietet werden, machen meistens nur einen schlechten Eindruck. Sie geben sich redliche Mühe, aber sie können doch bloß mit mehr oder weniger Geschrei beim Poststutschenüberfall und Blochhausbrand mitun, sonst sind sie gezwungen, notgedrungen lebende Kulisse zu bilden.

Billy zeigt seine Kunststücke in einem ungemütlichen Saal, der probenden Artisten zur Verfügung steht. Der Chef ist zufrieden mit Billy und desgleichen mit Anita. Das Wädel hat Mut, das muß man ihm lassen. Die beiden müssen nur ordentlich herausstärkt werden, und diese Aufmachung will der Chef, der sich auf das Schauspielgeschäft versteht, selbst besorgen.

Billy hat keinen rechten Eindruck von Hamburg. Hier

ist er nur ein Mensch, der etwas erledigt, der Kontrolle unterschreibt und an seine und Anitas Zukunft denkt. Hier gilt es, das Schicksal einzufangen.

Er weiß, die Ueberfahrt war für ihn nur Reiserlebnis, noch nicht einmal ein Stückchen Weiterfahrung. Er muß noch viel, viel lernen. Menschen sind bestimmt gefährlicher als Bullen, aber ein echter Cowboy muß auch mit ihnen fertig werden. Na, und ob, das wäre doch gelacht!

Billy kommt nach Berlin. Er geht allein durch diese Stadt. Sie ist für ihn voller Reuheiten, alles in ihr ist ihm so ungewohnt, daß er keine Begleitung erträgt aus Furcht, er könne sich blamieren. Er sieht sich die Schaufensterauslagen an und wird gestoßen. Er wirft den Kopf in den Nacken und sieht die Mietskajernen in die Höhe. Ein paar Jungen lachen ihn aus und fragen, ob es dort irgendwo brenne oder ob er eine abgelegte Braut suche.

Billy nimmt es den Kindern nicht übel, daß sie ihn veralbern. Ueberhäufende Kraft muß sich doch irgendeine Form suchen. Ausstoben können die Bleichgesichter sich nicht in den gefährvollen Straßen der Stadt, nun, da werden die Bengel eben frech. Billi ist mit diesem Tatbestand schnell fertig.

Billy sieht in die Höfe, Billy gukt in die Treppenhäuser. Hier fällt er nicht mehr auf. Man hält ihn ohne weiteres für einen Untermieter. Wer kennt sich denn in einer Mietskajerne? Es riecht nach Braikartoffeln und dem herausgeklopften Staub von Teppichen. Die Menschen kommen und gehen, und Billy sagt zu sich, reinewegs beschwörend: „Billy, Billy, gehe nie in die muffige Einlamkeit großer Mietskajernen.“

Billy steht vor den Zeitungsverkaufsständen. O, das viele Papier. Er kauft sich Zeitungen und liest eine halbe Nacht. Er liest gewissenhaft Zeile für Zeile und kommt dann zu der Ueberzeugung, daß kein Mensch das Zeug alles lesen kann. Schnell ist er mit seinem Urteil fertig und er weiß: „Ach, die Zeitungen sind die Friedhöfe für die Gedanken der Menschen. Gedanken werden hier nicht miteinander durchgesprochen, die werden in den Zeitungen begraben.“

Die Unruhe der Stadt läuft an seinem eigenen Innern vorbei. Er ist Zuschauer der Hoff, er wird von ihr nicht angestekt. Er weiß, in der Großstadt lebt der Friede nicht. Lichtrelame ist Schrei, Autohupe ist Schrei und das Gott zugedachte Konzert der Heilsarmee ist auch Schrei.

(Fortsetzung folgt.)

Graphische Arbeiter in Abwehr.

Buchdruckereibesitzer suchen einen Konflikt.

Das Graphische Kartell teilt mit:

Die Notverordnung brachte der graphischen Arbeiterschaft eine Lohnsenkung von 12,7 Prozent. Dieser Lohnabbau genügt den Prinzipalen noch nicht; sie fordern einen weiteren Abbau der Leistungszulagen um 50 Prozent, vereinzelt einige Prozente weniger.

Es zeugt von wenig sozialem Verständnis, wenn die Buchdruckereibesitzer die durch die große und langandauernde Arbeitslosigkeit hervorgerufene Notlage der graphischen Arbeiterschaft noch zu einem besonderen Geschäft für sich auszunutzen. Die Abbaubestrebungen der Berliner Prinzipale waren den graphischen Verbänden nicht unbekannt. Klein- und Mittelbetriebe wurden in den letzten Wochen zu diesem Zweck vorgeführt, in nur wenigen Betrieben mit teilweisem Erfolg.

Dieser Lohnabbauparole des Deutschen Buchdruckervereins wird jetzt aber mehr Nachdruck verliehen.

Am 2. Februar meldeten uns die Betriebsräte von Scherl, Rosse, Eisner, Deutsche Tageszeitung, Greve, „Berliner Börsenzeitung“.

daß von den Firmen ein Abbau der übertariflichen Löhne für die gesamten Belegschaften von 50 Proz., teilweise in ultimativer Form mit Erklärungsfrist bis Mittwochmittag, gefordert worden ist.

Die Vorstände der graphischen Organisationen hatten einen weiteren Abbau der Leistungslöhne für untragbar und haben volles Verständnis dafür, wenn die Belegschaften diesen Abbaubestrebungen geschlossenen Widerstand entgegensetzen.

Ist auch die übertarifliche Entlohnung Angelegenheit des Einzelarbeitsvertrages, so ersuchen wir dennoch die Betriebsräte, die beteiligten Organisationsvorstände persönlich von jeder Lohnabbaumaßnahme sofort zu informieren. Wir verweisen die Betriebsräte und Vertrauensleute besonders darauf, daß eine Aufkündigung des Lohnverhältnisses gleichbedeutend mit einer Aufkündigung des Arbeitsverhältnisses ist. Es ist deshalb notwendig, streng die tariflichen Bestimmungen bezüglich der Kündigungszeit zu beachten. Falls weitere Anweisungen oder Bekanntmachungen erforderlich sein sollten, bitten wir, den „Vorwärts“ zu beachten.

So beginnt das Dritte Reich!

Klagges verbietet Polizeibeamtensverband.

Die im Deutschen Beamtenbund organisierten braunschweigischen Beamten haben in einer wichtigen Protestkundgebung gegen die vom Naziminister Klagges verfügte Auflösung des Landesverbandes der braunschweigischen Polizeibeamten Stellung genommen. Der Bundesvorsitzende Flügel forderte die sofortige Aufhebung des Verbots, da es verfassungswidrig sei. Das Verbot einer Gewerkschaft sei ein Vorgang, der erstens im Deutschen Reich bis jetzt noch nicht zu verzeichnen gewesen sei. Bisher habe kein Minister die Koalitionsfreiheit der Beamten anzulasten gewagt. Der Deutsche Beamtenbund habe beim Reichsinnenminister bereits Beschwerde über Klagges eingelegt.

Flügel und Schrader, der Leiter der Reichsgewerkschaft der Polizeibeamten, versicherten den braunschweigischen Polizeibeamten, daß die gesamte deutsche Polizeibeamtenschaft hinter ihnen stehe.

Im Braunschweigischen Landtag hat die sozialdemokratische Fraktion einen Antrag eingebracht, wonach das Verbot rückgängig gemacht werden soll. Der Landtag wird voraussichtlich in der nächsten Woche zusammentreten. Es ist immerhin erfreulich, daß Klagges etwas voreilig die Mäste lüftet und den Arbeitern zeigt, was sie vom Dritten Reich zu erwarten haben. Dabei sind die im DDB organisierten Verbände gewiß nicht legendwie besonders radikal.

Die SA. bei den Kumpels.

Die Zechenbesitzer möchten für ihr Geld etwas haben.

Kreuzerdingen machen die Hitler-Beute im Ruhrgebiet die größten Anstrengungen, um bei den Bergarbeitern Fuß zu fassen. Nachdem sich herausgestellt hatte, daß die ursprünglich geplante systematische Betriebszellenorganisation bei den Bergarbeitern nicht den gewünschten Anklang fand, stellten sich die Agitatoren der RSDAP wieder um und versuchten wieder einmal, in Bergarbeiterversammlungen zu den Belegschaftsmitgliedern zu sprechen. Sie veranstalteten eigene Versammlungen, d. h. sie kehrten also wieder zu ihren früheren, bereits ausgegebenen Propagandamethoden zurück. In den von den organisierten Bergarbeitern veranstalteten Versammlungen getrauten sie sich wohlweislich nur selten das Wort zu ergreifen; dagegen waren sie in ihren eigenen Versammlungen um so frecher. Allein in den meisten Fällen zeigte sich, daß die Ruhrbergarbeiter den Nazi-Schwindel durchschauen. Mitglieder vom freigewerkschaftlichen Bergarbeiter-Verband sehten den Nazi-Referenten schwer zu. Das führte schließlich dahin, daß in mehreren Fällen die freigewerkschaftlichen Diskussionsredner das Wort nicht mehr bekamen, obwohl es ihnen vor der Versammlung ausdrücklich zugesichert worden war. Wenn daraufhin von den organisierten Bergarbeitern die Versammlungsteilnehmer aufgefordert wurden, den Saal zu verlassen, dann gab es meistens bei den Nazis lange Geschrei.

Trotz aller Mißerfolge haben jedoch die Nazis ihre Werbearbeit bei den Ruhrbergarbeitern nicht aufgegeben. Dabei gehen sie mit größter Vorsicht und Tücke zu Werke. Weil sie ein schlechtes Gewissen haben, sorgen sie stets dafür, daß genügend SA-Beute zum „persönlichen Schutz“ anwesend sind. Als sich z. B. kürzlich in einer Versammlung herausstellte, daß die vernünftig denkenden Bergarbeiter wieder einmal in der Mehrzahl waren, da rief man sofort telefonisch weitere SA-Trupps zur Hilfe herbei. Wie diese SA-Horden gegen die Bergleute vorgehen, zeigt folgender Fall:

In einer öffentlichen Bergarbeiterversammlung in der Nähe von Essen wurde einem Sprecher der Bergarbeiter das Wort entzogen, weil er den Naziherrschäften die Wahrheit sagte. Als daraufhin die Mehrzahl der Bergarbeiter den Saal verließ, begannen die Nazis eine Stuhlschlacht gegen die Nachzügler des Abmarsches. Sie kamen jedoch an die verkehrte Adresse. Ihr heimtückischer Ueberfall wurde von den Bergarbeiterjüngern gebührend „gewürdigt“. Es ist kaum anzunehmen, daß die Nazis in diesem Kreis noch einmal nach der gleichen Methode vorgehen werden.

Hitlers Anhang innerhalb der Bergarbeiterschaft besteht aus Betriebsleitern und anderen Angestellten, wobei jedoch zu beachten ist, daß auch in diesem Kreis die Mehrzahl dem Nationalsozialismus fremd gegenübersteht. Was sich aus den Reihen der Arbeiter dem Faschismus verschrieben hat, besteht zum

aus Elementen, die überall anzutreffen sind: geborene Patolen. Der weitaus größte Teil der Belegschaftsmitglieder dagegen sieht in dem Nationalsozialismus das, was er ist: nämlich die Vorhut des Großangriffs des Kapitals gegen die Arbeit.

Die Schadenersatzklage Nordwest.

Das Urteil des Landesarbeitsgerichts Berlin.

Das vom Landesarbeitsgericht Berlin am 5. Dezember 1931 verkündete Urteil in dem Schadenersatzprozeß des Arbeitgeberverbandes der nordwestlichen Gruppe gegen den Deutschen Metallarbeiterverband ist nunmehr den Parteien zugewungen.

Die nordwestliche Gruppe verlangt vom DMB Schadenersatz, weil er im Juli 1930 bei Arbeitstämpfen, die aus der Durchführung des Deynhäuser Schiedspruches entstanden seine Mitglieder unterstützt habe. Nordwest erblickt in dieser Unterstützung eine Verletzung des Tarifvertrages. Das Arbeitsgericht hatte der Schadenersatzklage stattgegeben. Das Landesarbeitsgericht hatte das Urteil aufgehoben und die Klage abgewiesen.

Da die Mitglieder des Deutschen Metallarbeiterverbandes von der in Frage kommenden Essener Firma gekündigt waren, so handelt es sich nach der Auffassung des Landesarbeitsgerichts nicht um einen Streit, sondern um eine Aussperrung. Der DMB sei berechtigt gewesen, seine ausgesperrten Mitglieder in diesem Kampfe zu unterstützen, da es sich nicht um einen Angriff auf den Tarifvertrag, sondern um die Verteidigung außerparitätischer, rein arbeitsvertraglich gewährter Zulagen gehandelt habe. (Hier stimmt das Landesarbeitsgericht mit einem Gutachten von Professor Ripperden überein, das dieser dem Deutschen Metallarbeiterverband bereits vor dem in Frage kommenden Nordwestkonflikt in einem gleichgelagerten Fall erstattet hat. D. Red.) Der Deutsche Metallarbeiterverband habe bei der Unterstützung seiner Mitglieder und in der Durchführung des Arbeitskampfes die ihm tariflich gezogenen Grenzen nicht überschritten. Insbesondere gehe zu Lasten des Arbeitgebers daß er Vergleichsverhandlungen, die vom Betriebsratsrat angebahnt wurden, durch Verschärfung des Arbeitskampfes infolge Aufstellung weiterer Bedingungen unmöglich machte.

Die vom Deutschen Metallarbeiterverband gegen Nordwest auf Grund mehrerer reichsarbeitsgerichtlicher Entscheidungen zur Auslegung der Akkordbestimmungen des Tarifvertrages für die nordwestliche Gruppe erhobene Widerklage hält das Arbeitsgericht für nicht berechtigt und weist sie daher gleichfalls ab. Der Arbeitgeber könne eine Änderung des Akkords auch vornehmen, indem er den Arbeitsvertrag kündige; so sei es im vorliegenden Falle geschehen.

Wie wir vom Deutschen Metallarbeiterverband hören, ist über die Frage, ob gegen dieses Urteil weitere Rechtsmittel ergriffen werden, zur Zeit noch keine Entscheidung gefallen. Es wird mit der Möglichkeit einer Beilegung des Rechtsstreits gerechnet.

Pfuscharbeit gegen Krise.

Das Ideal Gratisarbeit?

Der Deutsche Bauwerksbund hat in einer Eingabe an den Reichsarbeitsminister gegen den Ausschluß des freien Baugewerbes aus der Erwerbsloseniedlung Beschwerde erhoben. Die Beschwerde führte den Nachweis, daß dieser Ausschluß keine Ersparnis, sondern eher eine Verschwendung öffentlicher Mittel bedeutet.

Der Reichskommissar behauptet, mit Tariflöhnen sei das Siedlungsmerk nicht durchzuführen. Nach seinen Richtlinien sollen die Siedlungen im Wege der Selbsthilfe, Nachbarnhilfe und des freiwilligen Arbeitsdienstes errichtet werden. Die Richtlinien enthalten sogar Anweisungen, die es dem freien Baugewerbe auch dann unmöglich machen, sich einzuschalten, wenn es den Beweis erbringt, daß es in dem gegebenen finanziellen Rahmen Tariflöhne zahlen und sachgemäße Arbeit leisten könnte.

Der Bauwerksbund macht demgegenüber darauf aufmerksam, daß in Wirklichkeit nichts gespart wird. Die Gesamtkosten für eine Siedlungsstelle dürften 3000 Mark nicht übersteigen. Das Reichsdarlehen beträgt 2500 Mark im Höchstfall. Das bedeutet praktisch nichts anderes, als daß für die zur Verfügung gestellten Reichsdarlehen alle Materialien einschließlich Inventar bezahlt werden, die Häuser aber von den Siedlern selbst errichtet

werden sollen. Der Lohnanteil der Bauarbeiter an einem solchen Siedlerhaus beträgt bei tariflicher Entlohnung etwa 850 Mark. Das sind für 6 Arbeiter etwa 4 Wochen Arbeit. Würde man die Siedlerstellen statt in Selbst- und Nachbarnhilfe zu tarifmäßigem Lohn errichten, so würde dadurch die Arbeitslosenunterstützung gespart und außerdem würden die beschäftigten Arbeiter Steuern und Sozialbeiträge entrichten. Unter Berücksichtigung dieser Umstände könnten die Häuser auch zu Tariflöhnen mit den zur Verfügung stehenden Beträgen errichtet werden. Ein vielleicht noch verbleibender geringfügiger Fehlbetrag könnte wettgemacht werden durch sparsamere und zweckmäßigere Materialverwendung und durch sachgerechte Arbeit zum Nutzen des Siedlers und des Staates, der doch mit seinem Geld keine Pfuscharbeit fördern sollte.

Es ist nichts dagegen einzuwenden, daß die Siedler bei der Herstellung der Bauten in irgendeiner Form beschäftigt werden. Der Siedler kann ferner vor allem mitarbeiten bei der Erschließung des Geländes, der Wegebefestigung, dem Brunnenaufbau, der Einfriedigung der Grundstücke und ihrer Herrichtung für landwirtschaftliche Zwecke. Selbstverständlich kann er auch, soweit er Facharbeiter ist, von den bauausführenden Firmen mit beschäftigt werden. Die Errichtung der Bauten durch Nichtfacharbeiter jedoch ist nichts anderes als Geldverschwendung.

Die ganze Bekämpfung der Arbeitslosigkeit, die bisher von der Reichsregierung geleistet wurde, ist Pfuscharbeit. Sie hat zu einer Steigerung der Arbeitslosigkeit geführt. Ob es sich um den systematischen Lohnabbau handelt, um den freiwilligen Arbeitsdienst oder um die Erwerbslosenfriedlung, alles ist volkswirtschaftliche Stümperei. Immer scheint die Gratisarbeit das Ideal zu sein.

Warum die Betriebsbeschränkungen und -stilllegungen? Warum die Massenentlassungen? — Doch immer nur, weil die Käufer fehlen. Die Bekämpfung der Arbeitslosigkeit durch die Regierung läuft aber auf die völlige Auschaltung des Käufers hinaus, also auf die Stilllegung der Gesamtwirtschaft.

Aussperrung in Dänemark.

Lohnabbau wird epidemisch.

Kopenhagen, 2. Februar. (Eigenbericht.) Die dänischen Unternehmer kündigten am Dienstag die Aussperrung von 85 000 Arbeitern für den 12. Februar an. Sie fordern Lohnabbau von 20 Prozent und dreijährige Verträge mit Preiszahlregulierung. Betroffen werden die Arbeiter der Metall-, Zement-, Papier- und Ziegelindustrien.

„Revolutionäre“ werden „reformistisch“.

Sie wollen einen Streikfonds schaffen.

Was für jeden gewerkschaftlich organisierten Arbeiter selbstverständlich ist, nämlich, daß er bei einem Streit, den sein Verband unternommen hat, von seinem Verband unterstützt wird, das gilt aber fast den „Revolutionären“ als „reformistisch“, wenn nicht gar als „sozialfaschistisch“. Schließlich wird aber auch der kühnste RSD-Revolutionär bei einem Streit weder von kommunistischen Phrasen, noch vom IWB-Sped' seit. Das hat denn auch die 3. Generalversammlung der kommunistischen Splittorganisation von Berliner Metallarbeitern herausgefunden.

Dieser „Einheitsverband“ (EWV) rühmt sich, daß er im Januar 26 Streiks „organisierte“ konnte. Der Referent, der „in selbstkritischer Weise die Erfahrungen der Januarbewegung einer eingehenden Untersuchung unterzog“, stellte „als besondere Lehren der Januarbewegung“ die Notwendigkeit heraus — einen Streikfonds zu schaffen.

Wso soweit ist die RSD immerhin schon, daß sie, wie die deutschen Arbeiter in den 60er und 70er Jahren des vorigen Jahrhunderts begriffen hat, daß man zum Streiken auch Geld braucht. In fünf oder zehn Jahren wird sie vielleicht schon soweit sein, wie es die deutschen Arbeiter vor 40 Jahren waren, daß man, um Erfolg zu haben, starker Gewerkschaften bedarf. Es ist gar nicht auszudenken, was die RSD noch alles lernen könnte — wenn Rostau ihr das erlauben würde.

Buchdruckertarif allgemeinverbindlich.

Die Vereinbarung vom 17. Dezember 1931, die zwischen den Tarifgewerkschaften des Buchdruckgewerbes und dem Deutschen Buchdrucker-Berein abgeschlossen wurde, ist vom Reichsarbeitsminister mit Wirkung ab 21. Dezember für allgemeinverbindlich erklärt worden.

Kommunistische Jugenderziehung.

Unter der Ueberschrift: „Ben Atiba endlich widerlegt“ veröffentlichten wir in unserer Morgenausgabe vom Sonnabend eine Notiz, in der wir die lächerlichen Aufschneiderien der RSD über die „100 streikenden Streiks der RSD“ an Hand des „Jungarbeiterstreiks“ der Deutschen Werte in Spandau aufzeigten. Worauf jetzt der „Jugendvertrauensmann der Gleisereilehrlinge der DDB, Spandau“ eine an uns adressierte Berichtigung auf Grund des § 11 des Preßgesetzes vorgelegt bekam und unterschrieben hat, in der alle von uns festgestellten Tatsachen als unwahr, alle von den Schwindelmeyern der RSD erzählten Unwahrheiten als wahr bezeichnet werden. Und nun soll dieser junge Mensch, der doch nicht nur Lehrling in seinem Beruf, sondern Lehrling des Lebens ist, noch unterscheiden können, was wahr und unwahr ist!

Lüge, List und das Verschweigen der Wahrheit werden diesen jungen Beuten zur Anwendung empfohlen. Wenn sie kräftig „Rot Front!“ rufen können und nicht davor zurückschrecken, gegen Andersdenkende mit roher Gewalt vorzugehen, werden sie als Helden gepriesen. Vernun brauchen sie und sollen sie nichts. Es genügt vollkommen, wenn sie einige schlecht verbaute Nebensarten nachplappern und im übrigen gedankenlos die Parolen einhalten, die ihnen ein Einbläser weitergibt. Dann nennt man sie „revolutionäre Kämpfer“.



Nicht jede Zigarette mit Seidenstickereien ist eine Lande

Der Umsatz der „Lande-Auslese“ stieg von Monat zu Monat; sie ist heute eine der meistgerauchten 4 Pf.-Zigaretten Deutschlands. Dieser große Erfolg hat zur Nachahmung gereizt, man findet jetzt auch bei anderen Marken Stickerereien. Es bleibt aber der „Lande-Auslese“ immer noch etwas, was nicht nachgeahmt werden kann: Ihre köstliche Tabakmischung!



Zigaretten, köstlich bis zum letzten Zug

In jeder Schachtel eine Seidenstickerei — selbstverständlich indanthren gefärbt. • Lande Preis Gold 5 Pfg. • Lande Ohne 5 Pfg. • Lande's Kolleg 6 Pfg.

Japan als Wirtschaftsmacht.

Kräfte und Ziele des japanischen Imperialismus.

Um zu verstehen, warum Japan in den letzten Monaten die Mandchurei zum größten Teil militärisch besetzt und in den letzten Tagen den Krieg bis nach Schanghai, dem größten Hafen des Fernen Ostens, und bis nach Nanking, der bisherigen Hauptstadt im Herzogtum Chinas, hineingetragen hat, muß man sich die bisherige Entwicklung des japanischen Imperialismus vergegenwärtigen. Das eigentliche Japan zählt gegenwärtig 65 Millionen Menschen, d. h. etwas mehr als Deutschland; diese Bevölkerung lebt auf den vier Hauptinseln, die insgesamt nur 1/3 des Flächeninhalts haben, den Deutschland bietet. Die Bevölkerungsdichte ist daher verhältnismäßig groß, und schon seit Jahrzehnten suchte Japan für den Ueberschuß seiner Bevölkerung neuen Raum.

Gleichzeitig aber suchte Japan, das selber arm an Rohstoffen ist, die zur Entfaltung einer großen kapitalistischen Industrie als notwendig angesehen werden, nach solchen Gebieten, in denen vor allem Kohle, Eisen und landwirtschaftliche Produkte zu haben sind. Das asiatische Festland, das vor dem japanischen Inselreich liegt, bietet, was Japan braucht: Raum für Siedler, fruchtbaren Boden, Rohstoffe aller Art. Schon in dem Kriege, den Japan 1895 mit China führte, sicherte sich die japanische Regierung die Insel Formosa und den Einfluß auf das Kaiserreich Korea. 1905 wurde nach dem erfolgreichen Kriege gegen Rußland die südliche Mandchurei dem japanischen Interessengebiet endgültig einverleibt. 1910 wurde Korea in eine Provinz des japanischen Reichs umgewandelt.

Als sich die Japaner um die Jahrhundertwende für die Mandchurei

zu interessieren begannen, fanden sie ein fast menschenleeres Land vor. Dieses Riesengebiet, das mehr als doppelt so groß ist wie Deutschland, zählte damals etwa 1 Million Einwohner. Heute sind es 24 Millionen, freilich keineswegs Japaner, sondern in der großen Mehrheit Chinesen, die besonders in den beiden letzten Jahrzehnten in Massenwanderungen aus dem überbevölkerten China nach Norden gezogen sind und sich in der Mandchurei großenteils als Bauern niedergelassen haben.

Die Südmandschurische Eisenbahn ist das Zentrum des japanischen Einflusses in der Mandchurei. Zu beiden Seiten dieser Bahn dürfen die Japaner siedeln, Bergwerke betreiben, Hochöfen und Stahlwerke errichten; der japanisch-koreanischen Kolonisierung dieses Gebiets sind bestimmte Grenzen gezogen. Gegenwärtig leben etwa 250 000 Japaner und 900 000 Koreaner in der Mandchurei. Wenn aber auch der Zahl nach die Japaner bei weitem in der Minderheit sind, haben sie doch wirtschaftlich die Zügel fest in der Hand. Mehr als 2 Milliarden Yen, d. h. 4 bis 5 Milliarden Mark, haben die Japaner in den letzten Jahrzehnten in der Mandchurei in Bahnanlagen, Kohlengruben, Stahlwerken und anderen industriellen Anlagen, in Häfen, Krankenhäusern, Verwaltungsgebäuden usw. angelegt. Die Japaner, die in der Mandchurei wohnen, sind nur zum kleinen Teil Bauern, zum größeren Teil sind es Angestellte der Bahn, Ingenieure und andere leitende Angestellte der industriellen Unternehmen, Bankiers und Bankangestellte, Kaufleute aller Art. Eine Reihe von Orten wurde durch diese japanische Kolonisierungsarbeit zu großen blühenden Hafen- und Industriestädten. Dairen, der südliche Ausgangspunkt für die Südmandschurische Bahn, eine moderne Großstadt, zählt gegenwärtig rund 1/4 Million Einwohner. Gleichzeitig mit dieser machtpolitischen Entfaltung erfolgte

Japans Entwicklung zu einem modernen Industriestaat.

Besonders in den Kriegsjahren wurde die industrielle Produktion auf fast allen Gebieten vervielfacht. Nur einige Ziffern mögen dies veranschaulichen. In der Zeit von 1913 bis 1923 vergrößerte sich die japanische Kohlenförderung um über ein Drittel, die Roheisenerzeugung um etwa die Hälfte, die Stahlproduktion und der Stahlverbrauch haben sich etwa verdreifacht, die Baumwollproduktion verdoppelt, der Wolleverbrauch vervielfacht. Die Maschinenherstellung und die Fabrikation elektrischer Maschinen und Geräte waren im Jahre 1923 etwa dreimal so groß als im letzten Vorkriegsjahr. Auch auf chemischem Gebiet hat Japan wie andere industrielle Großmächte einen gewaltigen Produktionsapparat errichtet.

Die Fortschritte der industriellen Produktion waren zum großen Teil von den Abnahmefähigkeiten japanischer Erzeugnisse außer-

halb der Reichsgrenzen abhängig. Daher zeigt der japanische Außenhandel einen fast beispiellosen Aufschwung. Von 1913 bis 1929 vergrößerte sich die Ausfuhr von etwa 1,3 auf 4,3 Milliarden Mark, die Einfuhr von knapp 1,5 auf 4,4 Milliarden Mark. Ein wesentlicher Teil der japanischen Ausfuhr wurde von China als dem nächstgelegenen und in jeder Hinsicht sehr entwicklungsfähigen Markt abgenommen. In den letzten Jahren konnte Japan ein Viertel bis ein Drittel der insgesamt ausgeführten Erzeugnisse allein in China absetzen.

In den ersten Jahren

nach dem Weltkrieg

mußte sich der japanische Produktionsdrang Beschränkungen auflegen, denn die Wirtschaftskrise von 1921 hemmte die industrielle Entfaltung lange Zeit. Nach einigen Jahren guter Konjunktur hat sich infolge der Weltwirtschaftskrise jetzt auch die wirtschaftliche Lage Japans stark verschlechtert. Die öffentlichen Finanzen haben sich wie in anderen Ländern ungünstig entwickelt, und vor einigen Monaten ist eine radikalere nationalistische Regierung ans Ruder gekommen, die mit gewaltigen Mitteln eine Aenderung der Lage zugunsten der japanischen Wirtschaft herbeiführen will.

Einen schweren Schlag für die Expansion des japanischen Exports bedeutet der umfangreiche

Boykott japanischer Waren durch China.

Mit diesen chinesischen Handelsplänen ist das Chinageschäft Japans entweder zum Stillstand gekommen oder auf ein Mindestmaß herabgesunken; zahlreiche große Reedereien haben seit Monaten ihren Schiffsfahrtsdienst nach chinesischen Häfen stilllegen müssen. Im ersten Halbjahr 1931 konnte Japan nach China nur für 141 Millionen Yen (rund 280 Millionen Mark) ausführen gegenüber 208 Millionen Yen im ersten Halbjahr 1930 und 265 Millionen Yen im ersten Halbjahr 1929. Gegenüber 1929 war also bereits in den ersten sechs Monaten des Jahres 1931 der japanische Export nach China etwa halbiert. Am stärksten hieron ist die japanische Textilindustrie betroffen, für die China von jeher den bei weitem wichtigsten Markt gebildet hat. Die Ausfuhr von Baumwollgeweben ist von 85 Millionen Yen im ersten Halbjahr 1929 auf 31 Millionen Yen im ersten Halbjahr 1931 zusammengeschrumpft, die Ausfuhr von Baumwollgarnen im gleichen Zeitraum von 6 Millionen Yen auf 0,6 Millionen Yen.

Das chinesische Riesengebiet, das 480 Millionen Menschen zählt, aber doch bisher militärisch und politisch in der Weltpolitik eine viel geringere Rolle spielt als Japan, hat also mit diesem Boykott eine Waffe in der Hand, die geeignet ist, große Teile japanischer Wirtschaft, die auf den Handel mit China angewiesen sind, zu ruinieren. Die Auswirkungen des chinesischen Boykotts deuten schon darauf hin, daß Japan durch sein gewalttätiges Vorgehen in China sich selber Radenschläge bereitet, von denen sich keine Industrie nur sehr schwer wird erholen können. Es kann noch darauf verwiesen werden, daß in anderen Staaten, besonders in Amerika, die Tendenzen immer stärker werden, ebenfalls wirtschaftliche und möglicherweise auch finanzielle Druckmittel Japan gegenüber anzusetzen. In dem sinkenden Kurs des Yen spiegelt sich die schwächer gewordene weltwirtschaftliche Stellung Japans schon deutlich wider. Je weiter japanisches Militär in China vordringt, um so mehr wird es offenbar, daß die Japaner ihre Kräfte überschätzt haben und Ziele verfolgen, die nach dem gegenwärtigen Kräfteverhältnis für sie unerreicherbar sind.

Die Börsianer in Tokio machen flau!

Die Fortschrittlichkeit der japanischen Militärs scheint der japanischen Wirtschaft doch einiges Unbehagen zu verursachen. Die Börse in Tokio hält wohl doch das Bajonett nicht für die geeignete Waffe, den chinesischen Boykott niederzuringen. Jedenfalls war die Stimmung an der Tokioter Börse am Dienstagvormittag infolge der Ereignisse in Schanghai so gedrückt, daß die Geschäfte höchst unbefriedigend verliefen. Die Wertpapierbörse blieb deshalb am Nachmittag geschlossen. Es soll sich aber nur um eine vorübergehende Maßnahme handeln.

Zinszahlungen für ausländische Anleihen usw. anzuführen sind, so bleibt diese unausgeglichene Devisenlage der Deutschen Reichsbank nach wie vor bedenklich. Zwar gehen infolge der vielfachen Währungswirren im Ausland die Erlöse aus dem deutschen Export nur sehr schleppend und zum Teil wegen der Verhängung von Devisenperren überhaupt nicht ein, jedoch mühten sich die hohen Exportüberschüsse aus den Monaten August bis Oktober vorigen Jahres endlich stärker fühlbar machen.

Entschieden günstiger hat sich die Situation der Reichsbank im inländischen Kreditverkehr entwickelt. Die Anspannung zum Monat Ultimo blieb verhältnismäßig gering. Die Wechsel-eintrichtungen erhöhten sich um knapp 225 auf 3631,8 Millionen Mark, wozu noch 25,8 Millionen Schahwechsel treten. Die Lombardbestände stiegen um 55,2 auf 158,3 Millionen Mark. Für die leichte Festigkeit des Ultimos spricht auch die Tatsache, daß der Abzug der fremden Gelder auf Girokonten einem Zugang von rund 23 Millionen Mark Platz gemacht hat. Die Einzahlungen erfolgten von privater und öffentlicher Seite, wobei in dem letzteren Falle die Verteilung der Gehaltszahlungen für die Beamten auf mehrere Termine mitspricht.

Der Geldumlauf ist um 345 Millionen gestiegen gegenüber einer Zunahme von 720 Millionen in der gleichen Zeit des Vorjahrs. Der Gesamtumsatz an Zahlungsmitteln einschließlich der Scheidemünzen (Silbergeld usw.) erreichte Ende Januar 6320 gegen 6678 Millionen Ende Dezember. Der Zahlungsmittelumsatz Ende Januar 1931 betrug 5975 Millionen. — Die Bestände an Gold und deckungsfähigen Devisen sind von 14,8 auf 1092,9 Millionen gestiegen. Auf die Goldbestände entfällt hierbei ein Abgang von 8,6 Millionen. Die Notenbedeckung beträgt 24,8 gegen 26,4 Proz. in der dritten Januarwoche und 24,2 Proz. in der letzten Dezemberwoche.

Kreditkrise und Pleiten.

Fast 22 100 Insolvenzen im letzten Jahr.

Jede kapitalistische Krise hält unter den Betrieben eine scharfe Kustese. Es ist ein ganz natürlicher Vorgang, daß die Krise zunächst die zahlreichsten Opfer in den übersehten Industrien und Handwerkszweigen fordert, da diese bei einseitiger Störung des Güterstromes und entsprechender Verschärfung des Konkurrenzkampfes die geringste Widerstandskraft aufbringen. Je länger eine Krise dauert und tritt statt der natürlichen Verbilligung des Kapitals noch eine Kreditkrise und eine Kreditverengung hinzu, brechen auch an sich gesunde und solide geleitete Unternehmungen zusammen.

Dieses Stadium der Krise hat die deutsche Wirtschaft im letzten Jahr erreicht. Gefördert wurde der Kollapsprozess durch haus lebensfähiger Betriebe durch den Banketrach im Juli mit der darauf folgenden falschen Kreditpolitik der Banken, die sich an den gefunden Betrieben für die eingefrorenen Kredite bei faulen Kunden schadlos zu halten suchten. Mit rund 22 100 Zusammenbrüchen — 13 599 Konkurse und 8499 Vergleichsverfahren — hat das Jahr 1931 einen Rekord aufgestellt. Sogar das Krisenjahr 1926 wird um 2150 Zusammenbrüche übertraffen, obwohl damals die Reinigung der Wirtschaft von den Sumpfbüden der Inflation noch im vollen Gange war. Gegen das schon schwere Jahr 1930 ist die Insolvenzenziffer 1931 um 19,9 Proz. bei den Konkursen und um 20,4 Proz. bei den Vergleichsverfahren gestiegen. Der Einfluß der Kreditkrise auf die steigende Zahl der Zusammenbrüche wird dadurch deutlich, daß vom Januar bis Juni 1931 die Zahl der Insolvenzen im Vergleich zu der gleichen Zeit des Vorjahres geringer war — 10 035 gegen 10 116 — dagegen im zweiten Halbjahr um 50 Proz. höher lag.

Ueberschneidend groß ist die Zunahme der Insolvenzen mit 64 Proz. in der Papierindustrie, auch in der Elektro- und in der Eisen- und Maschinenindustrie ist sie mit 33 Proz. bzw. 27 Proz. sehr hoch. Weit aus an der Spitze stehen mit der Gesamtzahl der Insolvenzen das Textilgewerbe (3224) und das Lebensmittelgewerbe (3934). Bei den Banken sind die Konkurse von 133 auf 126 gesunken, dafür aber haben sich die Vergleichsverfahren mit 136 mehr als verdoppelt.

Im Monat Oktober scheint die Zusammenbruchsturve endlich ihren Höhepunkt erreicht zu haben. Die Entwicklung gestaltete sich seitdem wie folgt:

| | Konkurse | Vergleichsverfahren |
|--------------------|----------|---------------------|
| Oktober | 1435 | 1010 |
| November | 1215 | 935 |
| Dezember | 1173 | 864 |
| Januar | 1128 | 751 |

Die Gesamtzahl der Zusammenbrüche — Konkurse und Vergleichsverfahren — ist im letzten Vierteljahr 1931 um rund 16,5 Proz. von 2445 im Oktober bis auf 2042 im Dezember gesunken. Im Januar sehte sich der Rückgang der Insolvenzen auf 1879 Fälle fort, so daß seit dem Höchststand im Oktober ein Rückgang um mehr als 23 Proz. zu verzeichnen ist. Die Zahl der Wechselproteste hatte zugleich im September ihren Höchststand überschritten und war im November bereits auf ihr tiefstes Niveau im Jahre 1931 gesunken. Da erfahrungsgemäß die Bewegung der Insolvenzen den Wechselprotesten nach mehreren Monaten folgt, kann mit einem weiteren Sinken der Insolvenzen gerechnet werden.

Dampffelddividende aus Russenlieferungen. Starke Rückgang der Aufträge.

Die Deutsche Babcoot und Wilcox Dampffeldwerke A.-G. verteilt für das am 30. September zu Ende gegangene Geschäftsjahr 1930/31 auf ihr Kapital von 8 Millionen Mark, das überwiegend in englischen Händen sein dürfte, eine Dividende von 4 (i. B. 7) Proz.

Das Werk gehört zu jenen Spezialbetrieben der deutschen Maschinenindustrie, die im Vorjahr erhebliche Russenaufträge erhielten. Aus den Bilanzfiguren (Einzahlungen und Wechsel von Russen) geht hervor, daß die Babcoot-Wilcox-Werke Russenaufträge mindestens in Höhe des Aktienkapitals von 8 Millionen zu erzielten hatten. In diesem Jahr ist dafür ein um so stärkerer Rückgang eingetreten. Zwar ist das Werk mit einem ebenso hohen Auftragsbestand wie ein Jahr zuvor ins neue Geschäftsjahr eingetreten, aber die neu hereingekommenen Aufträge machen nur 25 Proz. der vorjährigen Neuaufträge aus, so daß leider mit Betriebsbeschränkungen ab April zu rechnen ist.

Die finanzielle Lage des Unternehmens ist jedoch glänzend. Bankschulden sind nicht vorhanden und die Forderungen übertreffen die Lieferantenverbindlichkeiten um 2 Millionen Mark. Die Reserven machen fast 50 Proz. des Aktienkapitals aus.

Das Einheitspreisgeschäft.

Wie hoch sind die wirklichen Reingewinne?

Die Forschungsstelle für den Handel läßt als Nummer 11 ihrer Schriftenreihe eine Arbeit über „Das Einheitspreisgeschäft“, von Dr. Ruyh (Industrie-Verlag Spaeth u. Linde), erscheinen, die ein umfangreiches Zahlenmaterial über diese neueste Betriebsform des Handels mitteilt.

Erst vor sechs Jahren, im Jahre 1925, machte man die ersten Versuche, nach amerikanischem Vorbild in Deutschland Einheitspreisgeschäfte zu errichten. Ende 1931 bestanden bereits annähernd 400 solcher Geschäfte, deren Umsatz für das Jahr 1931 auf fast 500 Mill. Mark (etwa ein Viertel der Warenhausumsätze) geschätzt wird. Etwa die Hälfte der Einheitspreisgeschäfte gehört drei Großkonzernen; die von dem Warenhaus L. Tiegh beherrschte Chape unterhält 75 Filialen, die von Karstadt gegründete Epa hat 55 und die amerikanische Woolworth G. m. b. H. 72 Filialen. Diese Filialkonzerne haben zusammen etwa 220 Mill. Mark umgekehrt. Die andere Hälfte der Einheitspreisgeschäfte (mit nur 80 Mill. Umsatz) wird von selbständigen Einzelhändlern betrieben, die sich aber zum größten Teil zu genossenschaftlichen Einkaufsvereinigungen zusammengeschlossen haben.

Die Einheitspreisgeschäfte vertreiben nicht, wie die Bazare von früher, Güter des zeitweiligen Bedarfs oder des Luxusbedarfs, sondern billige und billigste Massenprodukte des täglichen Bedarfs im Preise von 25 Pfennig bis eine Mark. Preise und Aufrechterhaltung einer bestimmten Qualität werden ermöglicht durch Massenabzug und Produktion in großen Serien. Besonders begünstigt wurden diese Geschäfte durch die Verschlechterung der Konjunktur. Die Bruttoaufschläge werden im großen Durchschnitt mit etwa 25 Proz. der Verkaufspreise angegeben. Das Lager der Einheitspreisgeschäfte wird im Jahre etwa

zehnmal (bei Warenhäusern nur etwa 4,2mal) umgeschlagen; und auch die Umsatzleistung je Beschäftigten (20 000 bis 30 000 Mark jährlich) ist sehr hoch.

Hinsichtlich des Reingewinns wird ausgesprochen, daß die Reingewinnziffern steiler sind. Der durchschnittliche Reingewinn soll etwa 1 bis 1 1/2 Proz. vom Umsatz betragen, was bei zehnmaligem Kapitalumschlag 10 bis 15 Proz. vom Kapital ausmacht. Tatsächlich dürften die Reingewinne erheblich höher liegen. Der im Herbst 1931 vorgenommene Verkauf der Epa an die Großbanken bietet einen gewissen Anhaltspunkt, wie sehr alle Kapital- und Gewinnziffern fiktiv sind. Damals wurde das Epa-Kapital auf das Fünffache, von 6 auf 30 Mill. Mark erhöht; Karstadt sollte aber nur 9 (statt 24) Mill. Mark bar auf die Erhöhung einzahlen. Der von den Banken gewöhnte Kurs von 105 Proz. beweist, daß diese weiterhin mit einer Dividende von 12 Prozent rechnen. Wenn man noch in Rechnung stellt, daß die Kapitalbildung bei den Einheitspreisgeschäften stets im Wege der „Selbstfinanzierung“ erfolgte, so ergibt sich aus diesem Geschäft, daß mit einem Reingewinn von mindestens 4 bis 4,5 Proz. vom Umsatz zu rechnen ist. In Amerika aber arbeitet der Woolworth-Konzern mit einem Reingewinn von nicht weniger als 12 Prozent vom Umsatz.

Geringe Belastung der Reichsbank.

Immer noch Unterbilanz bei den Devisen.

Auch in der vierten Januarwoche hat die Reichsbank einen, wenn auch geringen, Gold- und Devisenverlust von 14,8 Millionen Mark zu verzeichnen. Es ist der Reichsbank nicht gelungen, ihre Devisenbilanz im Januar endlich auszugleichen, denn insgesamt erreichen die Gold- und Devisenverluste im vergangenen Monat 63 Millionen. Wenn auch für hohe Devisenanforderungen im Januar genügend sich haltige Gründe wegen der Zins- und

Waller Galdert: Graufiges Erlebnis im Vorortzug

Kurt und Lisa hatten im Vorortzug ein leeres Abteil erwirkt, das außerdem noch den bedeutenden Vorteil hatte, von den Nachbarabteilen vollständig getrennt zu sein. Es war ein alter, unmoderner Wagen, der in besseren Zeiten schon längst ausrangiert worden wäre. Kurt und Lisa segneten die gespannte Kassenlage der Reisenden, den Verkehrsdrang und den unbekanntem Mann mit der roten Mütze, der diesen Wagen gerade an diesen Zug hatte hängen lassen.

Der Zug ratterte durch Wälder und Felder, an prächtigen Bäumen vorüber, über glitzernde Gewässer hinweg. Kurt und Lisa sahen nichts davon. Sie sahen in ihrem Abteil und nutzten den gebotenen Raum so gut wie gar nicht aus. Sieben Sitzplätze blieben frei. Sie hatten viel zu reden. Aber nicht vom letzten Vortag oder Tennisturnier, vom geplanten neuen Oceanflug und vom mißglückten Kistenabschluß, sondern von so unmodernen und untechnischen wie Liebe, und sogar Treue. Jeder sah, den sie sprachen, endete mit einem Ausrufungszeichen — mit einem Auh. Es waren erstaunlich kurze Sätze mit erstaunlich vielen Ausrufungszeichen.

So erstaunlich es war, daß der Zug kein Glück, sondern ein ausgeprägter Bummelzug war, so peinlich war es, daß er auf jeder Station hielt, und daß es auf jeder Station Leute gab, die in dem Bahn leben, sie mühten gerade mit diesem Zug fahren. Schon dreimal war die entzückende Zweifelhaftheit ernsthaft bedroht gewesen, erst von einer kinderreichen Familie, dann von vier Damen, die von ihrem Wochenendausflug zurückkehrten, und schließlich von Uminierten Mitgliedern eines Regiments, die von einer sehr feuchten Sitzung kamen. Immer war es Kurt und Lisa gelungen, durch Vortäuschen von Bedränge am Fenster die Gefahr im letzten Moment abzuwenden.

Aber auf der vierten Station geschah das Unglück: Eine würdige alte Dame erschien auf dem Bahnsteig und fing an, gemessenen Schrittes am Zuge entlangzugehen und durch ihre Vorkneten in jedes Abteil hineinzugucken. Sie schien nicht zu finden, was sie suchte, denn immer wieder schüttelte sie unwillig den Kopf und ging zur nächsten Tür. Ein Bahnbeamter, der Interesse an der baldigen Abfahrt des Zuges hatte, rief eine Abteiltür für sie auf und lud sie durch eine Handbewegung zum Einsteigen ein. Aber nach einem Blick durch ihre Stielbrille schritt sie weiter. Voller Angst sahen Kurt und Lisa das Unglück nahen. Vor dem Nebenabteil blieb die

mäherliche Matrone stehen und zeigte Reizung einzusteigen. Zwei Lungen schickten sich zu erleichtertem Ausatmen an. Da eripöhte sie die beiden, die am Fenster Gedränge markierten. Ein tüchtiges Lächeln glitt über ihre weißen Züge, und mit greiser, aber fester Hand öffnete sie die Tür. Gegenüber von dem unglücklichen Pärchen nahm sie mit gezierter Vorkneten Platz.

Der Zug ratterte weiter. Kurt und Lisa bemühten sich, gleichgültig auszusehen und heuchelten lebhaftes Interesse für die Landschaft. Aber in ihnen tobte es vulkanisch. Die Augen der Matrone, die durch die dicken Gläser der Vorkneten so groß wie Teetassen aussahen, hielten die beiden vom Kopf bis zu den Füßen in strafende mißbilligende Blicke ein. Alle vierzig Sekunden erfolgte ein entsetztes Kopfschütteln.

Da blühte Kurt sich recht auffällig und recht argwöhnisch um, näherte seinen Mund Lisas Ohr und sagte mit dumpfer, aber ungedämpfter Stimme: „Hast du auch den Chloroformlappen nicht vergessen?“

Lisa begriff sofort und erwiderte mit grausamem Lächeln: „Natürlich habe ich ihn in meiner Handtasche. Weißt du denn jetzt schon...?“

„Rein, noch nicht. Hinter der nächsten Station kommt ein Tunnel. Das paßt wunderbar. Aber es muß rasch gehen und ohne Geschrei. Bei dem alten Mann vorgestern warst du zu langsam...“

Ein Klappern. Die Stielbrille war der Matrone entglitten und auf den Boden gefallen. Ihre Augen hatten jetzt auch ohne Gläser die Größe von Teetassen und starrten entgeistert auf die beiden. Sie öffnete den Mund, aber sie konnte nur „I“ sagen.

Ein dumpfes Rollen: die Bremsklötze begannen auf die Räder zu wirken, der Zug verlangsamte seine Fahrt. Ein Auh, und er hielt auf der Station.

Die alte Dame starrte noch immer mit runden Augen auf das Pärchen. Doch Kurt konnte ihre Gedanken lesen. Er bückte sich, hob die Stielbrille auf, drückte sie der alten Dame in die Hand, stand auf, bot ihr den Arm, öffnete die Abteiltür und half ihr die Stufen hinunter. Denn Kurt weiß, was sich gehört.

Die Augen der Matrone gingen langsam auf ihre natürliche Größe zurück, während sie dem abfahrenden Zuge nachstarrte. Der Zug ratterte durch Wälder und Felder. Kurt und Lisa sahen nichts davon.

Hans Erman: Auf dem Rudelbrett Hundert Worte Theater

Keine Berufsprache ist so mit Ironie durchsetzt wie die des Schauspielers; der seine schreit geradezu Angst zu haben, die Dinge seiner Umwelt mit den ihnen von Rechts wegen zukommenden Namen zu benennen. — Viel lieber küßt er ihre Größe und Bedeutung in den Mantel spöttischer, auch die eigene Person nicht schonender Beringschätzung. — Seit es Schauspieler gibt, sind sie überglücklich gewesen! Und gleich überglücklich Menschen fürchten sie, daß eine allzu selbstbewußte Ausdrucksweise den Jörn und die Rache der Götter herausfordern könne, weshalb sie vor wichtigen Ereignissen sich ja auch nicht „alles Gute“ oder „viel Glück“, sondern ausschließlich „Hals und Beinbruch“ wünschen.

Natürlich bedeutet Rudelbrett im Jargon der Schauspieler die geleitete Bühne. Und täglich aufs neue packt Vampenfieber nicht minder den ausgekochten Talentkoffer als den jungen, unerschrockenen Hund, wenn sie von Premierentagern oder gewöhnlichen Sigfäden mit ihre Rollen verpacken sollen.

Der Bachmeister (Sopranist) oder die Stallwache (Diensttuender Regisseur) gibt das Signal zum Ziehen des Leihentuchs. — Ein ängstlicher Blick nach der Führertüte oder dem Kostengeist; ein stiller Fluch über den Stimmwage (Belduchter), der wieder einmal das Auge Gottes, den großen Scheinwerfer so eingestellt hat, daß er blendet und falsche Tränen (also echte, aber nicht zum Stück gehörende) in die Augen des Spielers treibt, und es kann losgehen.

Wer gut gelernt hat, legt seine Rolle hin. Wer nicht gelernt hat, der muß sie aus dem Kasten ziehen; er versucht zu schwimmen. Rügt dies alles nichts, macht der Darsteller zu viel Wasser in den Teufel, so stinkt er ab oder wird sogar angeblasen (fällt durch, wird in erster Rolle ausgelacht).

Den Talentkoffer, einen arroganten, bei jeder noch so kleinen Rolle, jeder Burgen, jeder auftrumpfenden Kollegen, haben wir bereits erwähnt. In seiner Nähe findet sich der Kuffenseifer, der durch sein maßlos heftiges Agieren die Sicherheit der Mitspieler und auch der Bühenschürzen und Beischirme und Pelken (Dekorationen, Kulissen) gefährdet. — Im Gegensatz zu diesen beiden Vertretern des heftigen Taps steht der Seitenmaler. Der Ausdruck ist zur Zeit der Weizner entstanden und traf speziell den Histrionen, der mit einem gut angeführten Lederzeug (Maske) besondere tragische Wirkung herbeizuführen glaubte. Heute trifft das Wort jeden, der sich allzu gerne sentimentaler Darstellung befleißigt und schon gewohnheitsmäßig Stimmungskiste macht.

Eine Gattung für sich sind die Darstellungsbeamten, ein Ausdruck, der meines Wissens erst in den letzten Jahren entstanden ist. Er trifft einen Schauspieler, auf den man sich zwar immer verlassen kann, der nie Kokoslores macht (unsicher ist), der als Mädchen für Alles singt, spricht, tanzt; Hellden, Väter und Liebhaber gleicherweise spielen kann, dem aber nach Ansicht seiner Kollegen das Schmalz zu fehlen pflegt.

Unbeliebt bei den Mitgliedern des Schauspielers sind die Opernbullen mit welsch freundlicher Bezeichnung alle singenden Kollegen gemeint sind, und lässliche Primadonnen und Primobuomini, wie in früheren Jahren die berühmten Stars genannt wurden.

Der männliche Star erscheint meist mit einer Knochenbeilage, seiner Frau oder Freundin. Sie ist unfähig, hochmütig; bekommt über für die kleine Rolle, in der sie auftritt, dank ihres Proteges unverhältnismäßig viel Holz, womit die Gage gemeint ist. Auch der Star selbst, der große Tourné, begegnet keinen Kollegen nicht mit genügender Aufmerksamkeit und behandelt sie, als ob sie Meer-schwammigen (Mitglieder kleiner Wandertruppen) und nicht Mitglieder eines Theaters mit richtigen Kulissen (gute Bühne) wären. Und wenn am Abend der Star seinen Laden aufmacht, drückt er alle Mitspieler an die Wand und erniedrigt sie zu unwesentlichen Rollenpartnern, mit deren Hilfe er seine Sprünge den wiedernden Parkettengängen (Publikum) vorführt.

Zahlreich sind natürlich auch die Ausdrücke des Schauspielers für den inneren Betrieb des Theaters. Wer und was zum Bau gehört, hat seine eigene, nur den Eingeweihten verständliche Bezeichnung. Theaterdirektor und Agent sind Talentjäger oder Talentpächter. Tiefinnig wird der Dramaturg Dunner August genannt! Boetisch ist die Bezeichnung Wasserfall für die Feuerwehr.

Eine etwas andere Entwicklung haben die Ausdrücke für die weiblichen Mitglieder des Ensembles genommen. Diese Bezeichnungen waren nicht immer suberlein und sind in ihrer Beschaffenheit ein gutes Beispiel für den kulturellen und sozialen Aufstieg des Schauspielertums in den letzten Jahrzehnten. Während die bisher

angeführten Ausdrücke nachweisbar im Bezirk der Schauspieler entstanden sind, stammen die folgenden aus der Sprache der Besucher, die Abend für Abend die Trampelpfade, den Olymp oder Luchse des Theaters füllten.

So sind die Ratten des Balletts aus dem Französischen eingeführt worden, wo die Bezeichnung zu Beginn des 19. Jahrhunderts aufkam und ursprünglich anderes bedeutet hat; so auch die heute oft noch verwendeten Wörter Lerche für eine Sängerin oder Kympe für eine Tänzerin. Hierher gehört auch die Theaterprinzessin, die gar nichts mit der ewigen Darstellung einer Prinzessin auf der Bühne zu tun hat sondern mit anderen derartigen Titeln dem Studentendeutsch des 18. Jahrhunderts entnommen ist, und lange einen heute vergessenen Beigeschmack besaß.

Kurt Mielke: Das Interview

„Hände hoch!“ sagte der Kleine, dünne Mann mit der Sportmütze und zielte mit dem Revolver auf den dicken Bauch des Direktors Randolph Charlt, Besitzer eines der größten Zeitungskonglomerate der Welt. Direktor Charlt zog ängstlich seinen dicken Bauch ein, sah sich hilflos um und hob schließlich mit einer kläglichen Miene seine fetten Arme in die Höhe. „Was wollen Sie?“ fragte er.

„Ich verlange eine Anstellung als Reporter in Ihrem Zeitungskonglomerat.“

„Rein.“

Der Revolver knackte. „Rein? Dann schieße ich Sie über den haufen!“

„Wo — hm. Sind Sie denn überhaupt befähigt, Reporter zu spielen?“

„Ich? Sehr. Ich bin bereit, jeden Beweis anzutreten.“

„Gut, junger Mann. Tun Sie Ihren Revolver weg! Ich gebe Ihnen mein Ehrenwort, Sie anzustellen, wenn es Ihnen gelingt, den Leberwurstkönig James B. Kniderboder zu einem Interview zu bewegen.“

„Gern.“

„Gern?“

„Gern?“

„Gern?“

„Gern?“

„Gern?“

„Gern?“

„Gern?“

„Gern?“

Deden der Universität Cocolores des Rio, den er nächsten erhalten würde.

Ein seltsames Lächeln veränderte seine harten Züge noch bis zu dem Moment, in dem ihm ein Angestellter die neuesten Abendzeitungen brachte. Da las er gleich auf der ersten Seite des „New York Universal“ seines bestgeliebten Blattes: „James B. Kniderboder erzählt sein Leben! „New York Universal“, die erste Zeitung der Welt, der James B. Kniderboder ein Interview gewährte. Erscheint in zwölf Fortsetzungen! Heute: Von der Milchstraße zum ersten Hufentouren. Kindheitserlebnisse des großen Leberwurstkönigs...“

James B. Kniderboder las. James B. Kniderboder leuchtete. James B. Kniderboder heulte vor Wut. Dann Angelte er bei dem nächsten Warenhaus an und verlangte die sofortige Ueberlieferung von fünfhundert Tellern und ebenso vielen Tassen. Die brachte er nämlich, um sie an die Wand zu schmeißen, denn nur so konnte er seinen ungeheuren Jörn abregieren.

Zur gleichen Stunde aber erhielt Mister Pearl nicht nur einen großen Scheck in die Hand gedrückt, sondern sogar einen Anstellungsvertrag auf Lebenszeit. Denn was dem einen ein Uhl, das ist schon immer dem andern ein Rechtsgeld gewesen.

Hans Heinrich Strätner: Der Werwolf

Zu Großvaters Zeiten, vor sechzig und mehr Jahren, soll es im Falkentrog einen orteufelt scharfen Kornschnaps gegeben haben. Wer davon ein halbes Dugend genehmigt hatte, der fand nur mit Not den Weg nach Hause. Man kennt das ja: einen Schritt nach links, einen nach rechts und den dritten bestenfalls nach vorn. Den Dörstern aus der Umgegend wurde der Heimweg dazu manchmal verdammt sauer.

Zuerst passierte es Simon Berkenbusch, als er in einer dunklen Winternacht aus der Stadt kam. Er lehrte ein halbes Stündchen im Falkentrog ein, trank ein oder zwei Gläschen und steckte sich eine Pfeife an.

„Dann komm man gut nach Hause, Simon; es ist tüchtig dunkel“, sagte der Wirt.

„Werd' ich ja wohl“, brummte es aus dem hochgeschlagenen Rodfragen zurück.

Bald hatte er die Pappeln auf der Anhöhe erreicht. Noch zwanzig Minuten, Simon, dann bist du daheim. Wenn es Tag wäre, könntest du den Schornstein rauchen sehen. Eigentlich müßte man helle Fenster bemerken; es ist doch klare Luft. Doch da liegen wohl schon alle in den Federn...

Da — grad an der Wegbiegung — Simon wäre beinahe in die Knie gesunken. Ein Ungetüm sah auf seinem Rücken. Die Hinterbeine pressten sich ihm in die Hüfte. Die Vorderfüße krallten sich ihm um den Hals. Simons Hände berührten ein raubes Fell. Hinter den Ohren sah er ein heißes Atem.

Zuerst versuchte er, das Ungetüm mit einem Rud abzuwerfen. Doch es klammerte sich nur noch fester an ihn. Fast blieb dem Simon der Atem weg. Schweiß lief ihm von der Stirn und verfring sich in seinen Augenwimpern. Er wollte die Hand heben; sie blieb wie gelähmt hängen. Nur die Beine laten mechanisch einen Schritt nach dem andern. Was hatte der Falkenträger gesagt? Komm man gut nach Hause...! Wenn der die Bescherung jetzt sah! Verfl...! Sollte ihm denn nichts einfallen, wie er das Tier loswerden könnte?

Ran war der einsame Baum links erreicht. Ein Rud — ein Stoß — Simon fiel auf die Knie, schlug mit den Händen auf die Straße. Ehe er sich umsehen konnte, schau von der Seite, war das Ungetüm in den Büschen verschwunden.

Simon Berkenbusch tief. Kam das Ungetüm hinter ihm her? Wenn dich jetzt die Leute sehen! So bin ich zuletzt gelaufen, als ich noch ein Schulfunge war und die Großen aus dem Nachbarorte mich verprügeln wollten...

Gott sei Dank, die Haustür! Schnell den Riegel vor! Den dicken Haufsch auch noch! Wieschen, seine Frau, schlief schon. Er jürdete die Dellampe an und sank zu Tode erschöpft auf die Bank am Ofen. So fand ihn am anderen Morgen Wieschen. Sie schimpfte nicht wenig über den Kornschnaps, den es im Falkentrog gab. Simon sagte nur: „Wenn du wüßtest...!“

Bald ging das Gerücht im Dorfe, ein Werwolf haufe am Wege nach der Stadt. Die Männer schlugen auf den Tisch und lachten. Wenn sie aber abends von der Stadt kamen, wartete im Falkentrog einer auf den andern. Einige Städter, die in der Wirtschaft ihren Doppelpopf spielten, fragten dann wohl mit listigem Augenwinkeln: „Ihr wollt heute abend wohl den Werwolf fangen?“

Krischan Merk, der Dorfschmied, trank am Silvesterabend schon den achten Schnaps im Falkentrog. Am Nachbarisch küßerte man und sah ihn spöttisch an. Einer fragte darüber, auf wen er noch war. Krischan verstand die Anbeutung, legte seine Arme auf den Tisch und knurrte: „Lott den Wulf man kummen!“

Um elf Uhr machte er sich auf den Weg. Bergan ging es sich schwer. Der Schnee war gefroren. Er ließ die Pappeln und die Wegbiegung hinter sich und konnte schon das Bellen eines Dorfjäters hören...

Eigentlich hatte er das nicht anders erwartet. Das Ungetüm hing schwer auf seinem Rücken. Das Fell schien einen rüchlichen Schimmer zu haben. Bei der Eiche wollte der Wolf abspringen, aber Krischan hatte ihm seinen rechten Arm um die Hinterbeine und den linken Arm um den Hals gelegt und ließ nicht locker. Wo der Krischan hinsah, da wüßte kein Gras mehr. Da hatten die Leute wohl recht. Das Ungetüm bog sich nach hinten, legte sich zur Seite, geriet und schnaubte. Der Krischan dachte: Und wenn es der Teufel selber ist, ich laß nicht los! Einmal glaubte er ein menschliches Stöhnen zu hören. Schon waren die ersten Häuser in Sicht. Jetzt stand er vor seiner Haustür. Mit einem derben Fußtritt ließ er sie auf. Seine Frau sprang aus dem Bette. „Nach mal Licht! Schwupp — warf er das Tier ab. Rud — rief er das rote Ochsenfell auseinander. Beihles Knecht stand vor ihm. Mit einer kleinen Wagenschleife, die unaufhörlich auf den Knecht niederfiel, hielt sich Krischan schadlos für die Nähe des Weges.

„Ein Teufelskerl, dieser Krischan!“ sagten die Leute.

Instinkthierheit bei noch ungeklüpfen Rücken. Die folgende interessante Beobachtung sendet dem „Kosmos“ das Mitglied A. Bogati in Eisenstadt (Bürgerland): Eine zahme Glatthaube war am Tage, als die Hühner schon ausgeschlüpfen sollten, die Eier schon leichte Sprünge aufwiesen und auch schon piepsende Stimmen aus den Eiern erschallten, aus dem Nest herausgenommen worden. Da sie in ihrem Brutnest zu verhungern drohte. Sie nahm darauf sie sich, streckte und reinigte sich, da erschallten wieder mehrere Stimmen aus den Eiern. In diesem Augenblick flog eine Krähe nahe dem Fenster vorüber. Die Henne ließ ihren Warnungsruf aus, worauf alle Stimmen in den Eiern plötzlich verstummten, wie es bei den schon laufenden Hühnern beobachtet werden kann. Erst als die Henne wieder beruhigt war und ihre Laßstimme laut werden ließ, begann das Geplätsch in den Eiern wieder. Versuche vor dem Fenster mit einem schwarzen Gegenstand, den die Henne für einen Vogel halten konnte, hatten stets das gleiche Ergebnis: Die noch nicht ausgeschlüpfen Küchlein verstiegen also bereits die Stimme der Mutter...